

13. Juli
5/2023

www.landtag-mv.de



Rückblick
zum Tag der offenen Tür

+++ „Leitplanken“ flankieren Wärmewende +++ Debatte zu Klimastiftung +++ Übergangspflege praktikabel gestalten +++ Debatte zu Deutschlandticket +++ Schlossgespräch „30 Jahre Beratung – Aufarbeitung – Bildung“ +++ Schulweg mit Abgeordneten +++ Was wollt ihr? #mitmischen +++



3	AUS DEM PLENUM Aktuelle Stunde	"Angriffe auf die Rente stoppen – Gleiche Renten in Ost und West sowie Sicherheit beim Renteneintrittsalter sind Ausdruck des Respekts vor lebenslanger Arbeit" (auf Antrag der Fraktion der SPD)
4 - 14	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Thomas de Jesus Fernandes (AfD), Daniel Peters (CDU), Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE), Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Barbara Becker-Hornickel (FDP), René Domke (FDP)
15 - 24	Berichte	„Leitplanken“ flankieren Wärmewende Debatte zu Klimastiftung Übergangspflege praktikabel gestalten Landarztgesetz ausschöpfen und erweitern Pflegesektor braucht Neuaufstellung Debatte zu Deutschlandticket
24 - 26	Meldungen	Parlament uneins bei Arbeits- und Fachkräftesicherung Forderung nach Klimavorbehalt nicht notwendig Kein Bedarf für pädagogische Hochschule Mehr Unterstützung für Kindertageseltern gefordert Einbürgerungsfeier im Schlossinnenhof
27 - 30	Befragung der Landesregierung	
31		Schlossgespräch „30 Jahre Beratung – Aufarbeitung – Bildung“
32 - 33	Gesetzgebung	
34 - 37	Ausschüsse	Vor Ort in Dömitz Schulweg mit Abgeordneten Informationsbesuch beim Leibniz-Institut für Ostseeforschung Jagdschloss Granitz Was wollt ihr? #mitmischen Containern
38 - 43	PANORAMA	Gedenkveranstaltung anlässlich des 17. Juni 1953 Buntes Treiben zum Tag der offenen Tür
44	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 23.6.2023



Julian Barlen (Fraktionsvorsitzender SPD) während der Aktuellen Stunde zum Thema: "Angriffe auf die Rente stoppen – Gleiche Renten in Ost und West sowie Sicherheit beim Renteneintrittsalter sind Ausdruck des Respekts vor lebenslanger Arbeit"

Foto: Uwe Sinnecker

Gleicher Rentenwert

Rentenangleichung in Ost und West zum 1. Juli

■ Die gerechte Rente ist eines der zentralen Themen für den sozialen Zusammenhalt, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** in der von der SPD beantragten Aktuellen Stunde sagte. Für alle heutigen und künftigen Rentner sei sie eine sozialstaatliche Vereinbarung. „Ein Generationenvertrag, der nach einem langen Arbeitsleben Respekt, Verlässlichkeit und Sicherheit verkörpern muss“, betonte er. „Diese vollständige Gleichbehandlung ist vor allem von konservativer Seite blockiert oder verzögert worden.“ Die SPD meine es ernst mit der verlässlichen Rente, zum 1. Juli werde endlich die vollständige Rentenangleichung in Ost und West erreicht.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) warnte davor, beim Thema Rente die Generationen gegeneinander auszuspielen. „Es handelt sich hier um einen Generationenvertrag zwischen Alten und Jungen in unserem Sozialstaat.“ Dabei sei die demografische Entwicklung die Herausforderung, wie dieser Vertrag gehalten werden kann. Es sei nicht richtig zu behaupten, dass die, die jetzt in Rente gehen, die solide Renten haben und damit auf Kosten der Jüngeren leben.

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) bezeichnete die Aktuelle Stunde als „Scheingefecht“. Als frühere Regierungsparteien im Bund seien CDU und SPD

mitverantwortlich dafür, dass Rentner von ihrem Geld nicht leben könnten. „Dass wir auf der Straße jeden Tag Leute sehen, die in Mülleimern wühlen müssen, mit ihrem Rollator und Pfandflaschen sammeln, damit sie ein halbwegs auskömmliches Leben haben.“ Das werde der Lebensleistung der Menschen im Osten nicht gerecht.

Daniel Peters (CDU) forderte Barlen und Schwesig auf, die Verdienste der CDU um die Renten unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel (CDU) zu erwähnen. „Das ist Ihnen nicht mit einer Silbe hier über die Lippen gekommen.“ Peters bezeichnete die finanzielle Entwicklung im Rentensystem als dramatisch. Mehr als

100 Milliarden Euro Steuergeld müsse zugeschossen werden, um das System stabil zu halten. Es gebe den Bruch zwischen Beitragszahlern und Rentnern.

„Auch mehr als 30 Jahre nach der deutschen Einheit gibt es nicht nur unterschiedliche Löhne in Ost und West, sondern auch unterschiedliche Renten“, kritisierte **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE). „Die Schere zwischen Arm und Reich, sie geht immer weiter auseinander.“ Die gesetzliche Rente müsse gestärkt werden. Wie Pulz-Debler sagte, fordere ihre Partei zum 1. Januar 2024 eine außerordentliche, also eine einmalige und zusätzliche Rentenerhöhung um zehn Prozent.

„Mit der Angleichung der Renten ist ein wichtiger Schritt vollzogen worden, der zur weiteren Angleichung der Lebensverhältnisse beitragen wird, der aber vor allen Dingen ein Zeichen der Anerkennung den Menschen in Ostdeutschland gegenüber ist“, erklärte **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Genauso wichtig wäre es allerdings, dass sich die Löhne in Ost und West angleichen. Die Menschen im Osten verdienten teils deutlich weniger als in Westdeutschland. „Niedrige Löhne ziehen auch niedrige Renten nach sich.“

„Die Rente ist schlicht und einfach nicht sicher, wenn wir weitermachen wie bisher“, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). Sie verwies auf den 1889 geschlossenen Generationenvertrag, der heute nicht mehr funktioniere. Es würden mittlerweile Milliarden von Steuermitteln für die Rente eingesetzt. Das Umlagesystem komme an seine Grenzen. Es würden andere Regelungen benötigt.

Lesen sie im Anschluss Auszüge aus den Orinal-Redebeiträgen der Abgeordneten.

■ Julian Barlen, SPD:

„Diese Attacken [...] auf das Rentensystem machen wir nicht mit.“

Foto: Uwe Sinnacker



[...] Die Rente muss gerecht sein, die Rente muss die Lebensleistung derjenigen anerkennen, die für eine Absicherung im Alter hart gearbeitet haben in ganz Deutschland [...] gleichermaßen. Und deshalb [...] zuerst die positive Seite der Aktualität unserer Aussprache, die gute Nachricht unserer Aktuellen Stunde: Seit der Wende haben wir uns für gleiche Renten in Ost und West starkgemacht [...].

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Und das ist nicht einfach gewesen, nämlich auch seit der Wende ist diese Rentenangleichung in Ost und West [...] von konservativer Seite blockiert oder verzögert worden.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und umso erfreulicher ist es, dass die ursprünglich für nächstes Jahr vorgesehene komplette Angleichung in Ost und West nun schon zum 1. Julei dieses Jahres Wirklichkeit wird [...].

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Der starke Arbeitsmarkt mit steigenden Löhnen, aber eben auch die Erhöhung des Mindestlohnes haben dies ein Jahr früher ermöglicht. [...] Das ist eine großartige Sache, für die wir uns im Interesse der Beschäftigten bei uns in Mecklenburg-Vorpommern [...] in Berlin lange engagiert haben. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)*

Aber anstatt, dass wir uns im politischen Raum gemeinsam über diese endlich vollzogene Angleichung in Ost und West zum 1. Julei freuen und mit klarer Politik für Tarife, für Mitbestimmung gemeinsam dafür sorgen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut entlohnt werden, damit sie später auch gute Renten bekommen, stattdessen erleben wir auch jüngst wieder – wieder! – politische Attacken auf das Rentensystem [...].

(Daniel Peters, CDU: Wo sind Ihre?)

Allen voran Herr Spahn von der CDU, der nichts Besseres zu tun hat, als das Ende der sogenannten Rente mit 63 zu fordern, gemeint die abschlagsfreie Möglichkeit für besonders langjährig Versicherte nach 45 Beitragsjahren [...] eben ohne Abzüge in Rente gehen zu können. [...] Die haben meistens seit der Jugend tagein, tagaus und am Wochenende bei Wind und Wetter

(Rainer Albrecht, SPD: Jawohl.)

malocht,

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

in der Pflege, in der Reinigung, am Band, auf dem Bau, in vielen, vielen anderen Jobs.

[...] [D]iese Menschen sind nach über 45 Jahren im Beruf oftmals körperlich am Ende und aufgegeben.

[...] Die Behauptung, durch eine Abschaffung vorgezogener Renten für besonders langjährig Versicherte dringend [...] benötigte zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen, die geht ins Leere. Wer nach Jahrzehnten der harten Arbeit nicht mehr kann, ja, der kann nicht mehr arbeiten. Der Eintritt in die Rente ist so oder so für viele unvermeidbar. Und diesen Menschen dann als CDU locker-flockig von der Kanzel [...] Abschlüge aufbürden zu wollen, [...] führt schlicht zu niedrigeren Rentenbezügen. [...]

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Von der zeitgleich, übrigens auch von der CDU angezettelten Debatte um das generell höhere Renteneintrittsalter 70 plus möchte ich an der Stelle gar nicht anfangen.

Diese Attacken [...] auf das Rentensystem machen wir nicht mit. Wir müssen gemeinsam für Verlässlichkeit und Respekt im Rentensystem stehen. [...] Stichworte neben der Rentenangleichung Ost-West sind beispielsweise der von Mecklenburg-Vorpommern unterstützte Härtefallfonds für Personen, die durch die Rentenüberleitung Ost benachteiligt worden sind. Auch die eingeführte Grundrente [...] ist etwas, von der schätzungsweise 70.000 Rentnerinnen und Rentner in Mecklenburg-Vorpommern durch einen entsprechenden Grundrentenzuschlag profitieren [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Die Profilierung konservativer Kreise auf dem Rücken der Rentnerinnen und Rentner, beispielsweise beim Renteneintrittsalter, lehnen wir strikt ab und sagen ganz klar, Angriffe auf die Rente müssen gestoppt werden. Gleiche Renten in Ost und West und Sicherheit beim Renteneintrittsalter,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

das ist der Ausdruck des Respekts vor lebenslanger harter Arbeit. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Wer ein Leben lang hart arbeitet, muss später eine existenzsichernde Rente bekommen.“



Foto: Uwe Sinnacker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! [...] Etwa ein Viertel der Menschen bei uns im Land sind Rentnerinnen und Rentner. Hinter diesen konkreten Zahlen, 430.000, stehen ganz konkrete Lebensgeschichten, Arbeitsgeschichten aus Mecklenburg-Vorpommern. Und wir erinnern uns, [...] die Generation, die jetzt in Rente geht und die in den letzten Jahren in Rente gegangen ist, hat diese harte Zeit der Wende miterlebt, hat dort gearbeitet, hat unser Land Mecklenburg-Vorpommern aufgebaut. Und deshalb gilt unser Dank dieser Generation, die jetzt verdient in Rente geht.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

Und deshalb möchte ich mich ganz herzlich bei der SPD-Fraktion bedanken,

(Harry Glawe, CDU: Ei, jei, jei!)

dass dieses Thema heute angemeldet wurde [...]. Für die Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ist völlig klar: Renten müssen gerecht sein, Renten müssen existenzsichernd sein, sie müssen verlässlich sein. Renten geben den Menschen ein Stück Lebenssicherheit. [...]

Und, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für uns in Mecklenburg-Vorpommern sowie in allen ostdeutschen Bundesländern ist seit 33 Jahren ein ganz großes Thema, dass wir unterschiedliche Rentenwerte zwischen Ost und West haben. [...] Und jetzt endlich werden wir im Bundesrat am Freitag die Rentenerhöhung für 2023 und damit die endgültig-



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während der Aktuellen Stunde

Foto: Uwe Sinnecker

tige Angleichung der Renten zwischen Ost- und Westdeutschland beraten und beschließen. [...] Das ist eine gute Nachricht. Damit werden die Renten angeglichen und damit gibt es ein Stück weit mehr Gerechtigkeit als einen wichtigen Schritt für die deutsche Einheit, nämlich für die soziale Einheit von Deutschland.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Und an dieser Stelle möchte ich wirklich sagen, weil es mich regelrecht empört [...] dass der ehemalige Bundesgesundheitsminister, den ich sehr schätze, weil wir beim Thema Gesundheit nicht immer einer Meinung waren, aber gut zusammengearbeitet haben,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

aber dass ausgerechnet der sagt, die Rente mit 63 kostet Wohlstand, und den Menschen, die 45 Jahre lang hart gearbeitet haben, damit vor den Kopf stößt [...], obwohl es diejenigen sind, die für unseren Wohlstand gesorgt haben, weil sie 45 Jahre arbeiten und eingezahlt haben in dieses Solidarsystem, das ist einfach nur unverschämt [...]

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

Und deshalb ist es gut, dass die derzeitige Bundesregierung sich klar dazu bekannt hat, dass es keine Rentenkürzung und keine Anhebung des Renteneintrittsalters geben wird. [...] Und deshalb muss Schluss damit sein, dass sowohl die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler als auch die Rentnerinnen und Rentner immer wieder verunsichert werden [...]. Das bedroht das Vertrauen in den Sozialstaat, und das können wir uns nicht leisten.

*(lang anhaltender Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Landesregierung wird den Weg weitergehen [...] Und das fängt im Arbeitsmarkt an mit guten Löhnen, dass es später eine gute Rente gibt und dass die Rente sicher ist [...]. Für uns ist klar, wer ein Leben lang hart arbeitet, muss später eine existenzsichernde Rente bekommen [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Präsidentin Birgit Hesse:
Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

■ Thomas de Jesus Fernandes, AfD:

„Wir haben [...] eine Durchschnittsrente von knapp 1.000 Euro.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrtes Präsidium! [...]

(Zuruf von Christian Winter, SPD)

Es brennt hier in Mecklenburg-Vorpommern aktuell an allen Ecken. Wir haben diese Demonstration der Pflegekräfte gesehen, heute demonstrieren alle Apotheken. [...] Die Leute kriechen auf dem Zahnfleisch, müssen reihenweise Insolvenzen anmelden.

[...] es waren ja die CDU und die SPD, die zusammen regiert haben in der Vergangenheit und die maßgeblich mitverantwortlich sind dafür, dass Rentner von ihrem Geld nicht leben können [...] in Mülleimern wühlen müssen mit ihrem Rollator und Pfandflaschen sammeln, damit sie ein halbwegs auskömmliches Leben haben.
[...]

Herr Spahn sagt, die Rente mit 63, [...] muss aufgelöst werden. [...]

Dann kommt [...] euer neuer Chef und fängt an, von der Rente mit 70 zu reden. [...]

Da kann man [...] davon sprechen, dass die CDU [...] ein sozialverträgliches Ableben [...] möchte. [...] da verweigern wir uns [...] bei diesen Sachen da mitzugehen.

(Harry Glawe, CDU: Mein lieber Freund! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

[...] als Zweites: Rentenangleichung Ost-West. [...] Wie sieht es hier aus [...]? Wir haben [...] eine Durchschnittsrente von knapp 1.000 Euro [...] wenn das der Durchschnitt ist, heißt das, es liegen ganz viele drunter, [...] und da gibt es keine

Würdigung der vielen Leute, die [...] den Ostteil wieder mitaufgebaut haben nach 40 Jahren Sozialismus. Das kann auch nicht sein.

[...] die aktuelle Situation [...] bei einer Inflation von 7,5 Prozent und bei Nahrungsmitteln aktuell von 17,2 Prozent? Dem gegenüber steht eine Rentensteigerung von knapp 5 Prozent. [...] dann kommt [...] Herr Scholz [...] um die Ecke und möchte gerne 3.000 Euro Inflationszulage für [...] seine Entourage.

[...] wo könnte man Geld herholen? [...] was hier [...] nicht erwähnt [...] ist, dass hier immer noch 37 Milliarden jährlich Fremdleistungen aus dieser Rentenkasse gezahlt werden. Damit muss Schluss sein!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Der Bund muss dieses Jahr 112 Milliarden Euro Bundeszuschuss zur Rente geben.

[...] 33 Milliarden Entwicklungshilfe für Indien oder China, 44 Milliarden an die EU jedes Jahr,

(Zuruf von Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

23 Milliarden Flüchtlingskosten [...]

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ah! Ausländerfeindlichkeit.)

400 Millionen Kindergeld ins Ausland,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

1 Milliarde für Kampf gegen rechts, also auch gegen die CDU [...]

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

120 Milliarden Wirtschaftsverlust durch den Ukrainekrieg und das bereitwillige Eingehen von Sanktionen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[...] dafür ist der politische Wille da. Der politische Wille ist aber nicht dafür da [...] für auskömmliche Renten im Osten zu sorgen [...]

Womit wir wieder beim AfD-Konzept wären:

(Julian Barlen, SPD: Ja, so wahr! – Heiterkeit bei Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir möchten [...] dass Selbstständige mit unzureichender privater Vorsorge [...] einzahlen [...], dass Beamte mit einbe-

zogen werden [...]

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

ausgenommen der echten hoheitlichen Aufgaben, [...] Und [...] vor allen Dingen auch, dass Politiker mit einzahlen,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

damit sie auch selbst betroffen sind [...] wir merken ja, sobald es an Diätenerhöhungen geht oder an Sonderzahlungen von 3.000 Euro [...], da ist man dann ganz großmütig [...] Ich glaube, wenn Sie alle in die Rentenversicherung mit einzahlen müssten, [...] wäre das Thema [...] ein ganz anderes.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

Die FDP [...] und die CDU möchten ein flexibles Renteneintrittsalter auch nur, [...] damit man nachträglich die Rente kürzen kann.

*(René Domke, FDP: Wir haben wenigstens
das Modell zur Finanzierung der Rente.)*

[...] Die FDP möchte [...], dass man [...] anfängt, Aktien zu kaufen auf Kredit, [...] damit hier mit dem Geld weiter spekuliert werden kann.

*(René Domke, FDP: Das läuft
super in Skandinavien übrigens.
Sie sollten sich damit beschäftigen!)*

[...] der Ausspruch von Norbert Blüm früher „Eins ist sicher: Die Rente.“ gilt lange nicht mehr. Der neue Ausspruch der CDU und FDP ist dort „Mit deiner Rente wollen wir zocken.“, [...] Da machen wir nicht mit, [...] – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von René Domke, FDP)*

■ Daniel Peters, CDU:

„Die finanzielle Entwicklung [...] im Rentensystem ist dramatisch.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Aber ich will doch noch einmal klarstellen in aller Deutlichkeit, die Rente mit 63, die jetzt ja gar keine mehr ist – das haben Sie ja wenigstens Gott sei Dank noch erwähnen können in einer Anmerkung –, die Mütterrente, die Grundrente, aber auch die Rentenangleichung, alles Dinge, die man in einer Großen Koalition in der Kanzlerschaft von Angela Merkel bewerkstelligt hat. Und das ist Ihnen nicht mit einer Silbe hier, weder seitens der Ministerpräsidentin noch von Herrn Barlen, über die Lippen gekommen. Das ist etwas, was ich für schäbig erachte, meine Damen und Herren, denn wenn Sie appellieren,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

wir sollten nicht vergessen, muss ich attestieren, Sie haben schon längst vergessen, meine Damen und Herren.

*(Sebastian Ehlers, CDU: Nicht nur da!
Erinnerungslücken überall.)*

[...] Anlass der Debatte ist die Wortmeldung eines CDU-Politikers [...] Dem muss man nicht zustimmen, dem kann man zustimmen. Man kann ihn aber vor allem diskutieren. Und, Frau Schwesig, an der Stelle, als Sie vorhin sagten, die Landesregierung sei nicht mal bereit zu einer Diskussion, musste ich wirklich schwer schlucken. Und da musste ich dann doch an Ihre Aussage auf dem Kirchentag in Nürnberg mich erinnern fühlen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

als Sie sagten: „Wir müssen so in die Diskussionen hineingehen, dass wir immer davon ausgehen müssen, dass der andere auch recht haben könnte.“



Der Parlamentarische Geschäftsführer Philipp da Cunha (SPD) meldet eine Kurzintervention an.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Sebastian Ehlers, CDU: Hört, hört! –
Julian Barlen, SPD: Also meinen Sie,
Spahn hat recht?! Interessante Ansage. –
Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)*

[...] Offensichtlich sind diese Aussagen nicht wirklich so, dass man sie selbst verinnerlicht hat, und das ist an der Stelle einfach auch nur traurig und einer Ministerpräsidentin irgendwie auch unwürdig.

[...] Anlass Ihrer Aktuellen Stunde ist weder eine Aussage in einem Wahlprogramm der CDU noch in einem Grundsatzprogramm, noch in irgendeiner anderen Programmatik. Es ist die Aussage eines CDU-Bundespolitikers – nicht mehr und nicht weniger.

*(Julian Barlen, SPD: Haben Sie
denn öffentlich widersprochen?)*

Und ja, in unserer Partei gibt es eine lebhafte Debattenkultur, eine lebhafte Debattenkultur zu den drängenden Fragen dieser Gesellschaft, zu den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Und wenn Sie sich dieser Debatte nicht stellen wollen, dann ist das Ihr Problem, aber wir befassen uns mit diesen großen, drängenden Fragen, zu denen ich gleich komme.

Denn die finanzielle Entwicklung [...] im Rentensystem ist dramatisch. Schon jetzt müssen wir konstatieren, dass über 100 Milliarden Euro Steuergeld zugeschossen werden muss, um das Rentensystem stabil zu halten. [...], dass wir sozusagen eine Systementwicklung erleben, die die finanzielle Tragfähigkeit an der Stelle infrage stellt, [...] die demografische Entwicklung können auch Sie nicht leugnen.

[...] Wir brauchen also eine wirkliche Debatte darüber, wie wir die Rente sicher machen können.

[...] das fehlende SPD-Rentenkonzept ist auch mir aufgefallen. Es ist ausschließlich von Parolen zu hören [...]. Aber davon [...] werden auch die Lebensleistungen der kommenden Generationen nicht anerkannt. Die Menschen brauchen keine Parolen. Sie brauchen kluge Politik, auch im Hinblick auf die sozialen Sicherungssysteme.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und hier haben wir von Ihnen leider gar nichts gehört [...].

[...] Ich möchte grundsätzlich für uns aber auch klarmachen, dass langjährig Versicherte weiterhin früher abschlagsfrei Rente erhalten sollten. Und wir müssen, glaube ich, trotzdem von dem starren System abkommen. Wir müssen stärker diese 45 Jahre in den Blick nehmen. Und ich finde es durchaus interessant, darüber nachzudenken, dass wir eben vom Alter her wegkommen und auch eine stärkere Differenzierung vornehmen. [...]

Wo ist Ihr Konzept, meine Damen und Herren?

[...] Die Finanzierung ist das drängendste Problem, und dazu gibt es leider von Ihnen nichts zu hören. [...]

■ Steffi Pulz-Debler, DIE LINKE:

„Gesetzliche Rente stärken statt angreifen.“



Fotos: Uwe Sinnacker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg/-innen! [...] So schlägt die Fachkommission Soziale Sicherung der CDU vor, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Konkret soll das heißen, ab dem Jahr 2031 soll die Regelaltersgrenze mit jedem gewonnenen Lebensjahr um vier Monate angehoben werden. Die berechtigte Kritik ließ nicht lange auf sich warten, da dieser Vorschlag völlig an der Lebenswirklichkeit vieler hart arbeitender Menschen vorbeigeht.

Laut einer Umfrage im Auftrag der IG Metall lehnt die überwältigende Mehrheit der Menschen in Deutschland, genauer gesagt 86 Prozent, eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters ab. Schon das aktuelle Eintrittsalter, das seit dem Jahr 2012 bis zum Jahr 2031

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

stufenweise auf 67 Jahre angehoben ist, ist für viele Beschäftigte ohne Rentenabzüge nicht erreichbar.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und mehr als die Hälfte der Befragten geht davon aus, dass sie ihren Beruf nicht bis zum Renteneintritt mit dem vollendeten 67. Lebensjahr ausüben können. „Unsozialer Bullshit“, so kann man diese Überlegungen nur bezeichnen, so, wie es unser Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch im Bundestag getan hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] Und noch ein zweiter Vorschlag ist [...] bekannt geworden,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)



(v.l.n.r.) Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD

eine verpflichtende private Altersvorsorge, die die Riester-Rente ersetzen soll. Endlich hat die CDU scheinbar eingesehen, dass dieses Riester-Rentenmodell falsch war und auch gescheitert ist.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nun möchte die CDU ein neues Modell auflegen. Arbeitnehmer/-innen müssen widersprechen, wenn sie diese private Rente nicht abschließen wollen, ansonsten müssen sie monatlich einzahlen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und für Geringverdiener wollen sie eine verpflichtende Betriebsrente einführen.

Meine Damen und Herren von der CDU, wie gesagt,

(Marc Reinhardt, CDU: Riester war von der SPD!)

diese Vorschläge sind gruselig,

(Marc Reinhardt, CDU: SPD!)

unfair und unsozial

(Marc Reinhardt, CDU: SPD!)

und sie tragen nicht dazu bei,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

die schreiende Ungleichheit und Ungerechtigkeit in diesem Land endlich zu beenden

(Marc Reinhardt, CDU: SPD!)

und Altersarmut zu verhindern.

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Hinzu kommt die aktuelle Entwicklung, und – das wissen wir alle – die sieht so aus, dass Heizung, dass Strom, Mobilität im Jahr 2020 um fast 50 Prozent teurer geworden sind,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

hingegen Löhne nur um 4 Prozent gestiegen, die Renten um 5, die Inflation bei 7 Prozent und drüber lag. [...]

Deshalb fordern wir Sie nicht nur auf, die Angriffe auf die gesetzliche Rente zu stoppen, sondern die gesetzliche Rente zu stärken. Außerdem fordern wir als LINKE zum 1. Januar 2024 eine außerordentliche, also eine einmalige und zusätzliche Rentenerhöhung um zehn Prozent.

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Die gesetzliche Rente muss gestärkt und das Sicherungsniveau wieder auf mindestens 53 Prozent des bisherigen Durchschnittseinkommens angehoben werden. Arbeitgeber/-innen, Arbeitnehmer/-innen müssen wieder paritätisch an der Finanzierung beteiligt werden. Und schließlich müssen alle in die gesetzliche Rente einzahlen, auch Selbstständige, Beamt/-innen und wir Politiker/-innen.

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!



(v.l.n.r.) Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE und SPD

Fotos: Uwe Sinnecker

■ Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Konkret müssen wir
das Rentenniveau langfristig
[...] stabil bei mindestens
48 Prozent halten.“



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg/-innen! Die Rente ist [...] eine zentrale Errungenschaft des Sozialstaates in Deutschland. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Mit der Angleichung der Renten ist ein wichtiger Schritt vollzogen worden, der zur weiteren Angleichung der Lebensverhältnisse beitragen wird, der aber vor allen Dingen ein Zeichen der Anerkennung den Menschen in Ostdeutschland gegenüber ist.

(Beifall Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Da die Höhe der gesetzlichen Rente [...] maßgeblich [...] von der Höhe des versicherungspflichtigen Einkommens abhängt, wirken sich die niedrigen Löhne in M-V doppelt negativ aus, denn niedrige Löhne ziehen [...] auch niedrige Renten nach sich.

Aber, könnte man einwenden, es gibt ja noch die zweite und die dritte Säule. Hier zeigt die Empirie aber ganz deutlich, dass weder Betriebsrenten noch private Vorsorge eine vergleichsweise große Rolle in unserem Bundesland spielen [...].

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Dafür
sorgen die GRÜNEN, dass es so bleibt.)*

Die Zahlen zeigen ganz deutlich, dass für Haushalte die gesetzliche Rente mit weitem Abstand die wichtigste Quelle der Alterseinkünfte ist, und deswegen muss die gesetzliche Rente [...] unbedingt gestärkt werden [...].



Der Abgeordnete Daniel Peters (CDU) stellt der Abgeordneten Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eine Zwischenfrage. Foto:

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konkret müssen wir das Rentenniveau langfristig [...] stabil bei mindestens 48 Prozent halten. [...] Und das wird auch in Zukunft trotz der [...] demografischen Herausforderungen gelingen, [...]

(Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Irgendwann. – Zuruf von
Wolfgang Waldmüller, CDU)

[...]

(Daniel Peters, CDU: Was?!)

denn die Finanzierung der Rente hängt eben nicht nur von der Zahl der Erwerbstätigen ab, sondern es hängt maßgeblich davon ab, wie sie denn erwerbstätig sind, welche Löhne sie mit nach Hause bringen und wie lange sie berufstätig bleiben. [...]

[...] Am Ende wäre auch viel gewonnen, wenn sich [...] die Arbeitgeber/-innen wieder an der paritätischen Finanzierung beteiligen würden. Das Beispiel Österreich zeigt, wie es gehen kann. Dort liegen Beitragssätze gerade für Arbeitgeber deutlich höher als in Deutschland. Entsprechend sind auch die Rentenniveaus sehr viel höher.

[...]

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Haben Sie eigentlich ein Konzept?)

Hierzulande kommen stattdessen regelmäßig Vorschläge, die das Rentensystem schwächen würden, so wie jüngst von Herrn Spahn, der die Rente mit 63 abschaffen will.

(Marc Reinhardt, CDU: Ist abgeschafft.)

Solchen Vorschlägen erteilen wir [...] eine ganz klare Absage.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Steffi Pulz-Debler, DIE LINKE –
Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut!)

[...]

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

[...] Denn, meine Damen und Herren, eine Erhöhung der Regelaltersgrenze ist nichts anderes als eine versteckte Rentenkürzung, da viele hart arbeitende Menschen die Regelaltersgrenze gar nicht erst erreichen und unter Inkaufnahme von Abschlägen vorzeitig in Rente gehen. [...] Eine Anhebung der Regelaltersgrenze [...] wäre gerade mit Blick auf die Situation in M-V absolut der falsche Weg.

[...] In 2022 haben wir bereits eine Armutsgefährdungsquote für Rentner/-innen von 18,1 Prozent in unserem Bundesland. [...]

[...]

Aus diesem Grund muss [...] die gesetzliche Rente gestärkt werden, [...] denn die gesetzliche Rente ist viel besser als ihr Ruf. [...] Die Rentenansprüche sind [...] geschützt, die Verwaltungskosten sind sehr gering, die Rendite ist gut, und zum Leistungsspektrum gehören neben der Altersrente auch die Erwerbsminderungsrente, die Rehabilitationsleistung sowie die Hinterbliebenenrente.

Und was man aktuell besonders gut sieht, [...] die gesetzliche Rente erweist sich gerade in Zeiten der Inflation als außerordentlich robust im Vergleich zu kapitalgedeckter privater Vorsorge, denn sie ist dynamisiert.

(Beifall Dr. Harald Terpe,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Die diesjährige Rentensteigerung [...] mag zwar die Inflation nicht komplett ausgleichen, aber sie ist dennoch den Vorsorgeprodukten weit überlegen, da diese eben häufig überhaupt nicht dynamisiert sind [...]

Ich danke Ihnen für diese Debatte. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

■ Barbara Becker-Hornickel, FDP:

„Es ist nicht so,
dass spekuliert wird.“

Fotos: Uwe Sinnecker



[...] „Die Rente ist sicher.“ Nein, sie ist [...] nicht sicher, wenn wir weitermachen wie bisher.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...]

(Julian Barlen, SPD: Sie waren dabei.)

[...] Die Menschen, die Rentenbeiträge einzahlen, daraus werden die Renten gezahlt für die, die dann in Rente gehen können. Das funktioniert nicht mehr [...]. Es werden mittlerweile Milliarden von Steuermitteln für die Rente eingesetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] Dieses Umlagesystem geht an seine Grenzen. [...]. [...] wir als FDP, wir sind nicht für das Festhalten an starren Altersgrenzen. [...].

[...] es ist an der Zeit und es ist wichtig, dass wir nicht nur immerzu erzählen, das geht nicht [...]

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] wir müssen etwas finden, das das möglich macht.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das gibt es jetzt. Das kann jeder jetzt.)*

Und es muss auch möglich sein, länger zu arbeiten [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Warum diese starre Grenze?

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Kann jeder jetzt.)*



(v.l.n.r.) Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP

[...] ich verstehe überhaupt nicht, warum so gegen die Beteiligung am Kapitalmarkt geschossen wird.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*

Es ist nicht so, dass spekuliert wird.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die Rente ist aber kein Experimentierfeld!)*

[...] ich denke, wir sollten diesem System eine Chance geben in der Diskussion. Und im Übrigen steht das auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP –

Zuruf von Elke-Annette Schmidt, DIE LINKE)

[...].

■ René Domke, FDP:

„Das ist ein System,
was eben nicht funktioniert.“

Fotos: Uwe Sinnacker



[...] Wenn man eine Aktuelle Stunde zum Thema Rente anmeldet, dann hätte ich auch erwartet, dass man über Zukunftsvisionen spricht, [...], wie man das Rentensystem reformieren kann.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*

Was ich gehört habe, ist: Wir machen weiter so, es müssen nur noch mehr einzahlen [...]

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ist doch klar. –
Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Na, ist doch richtig.)*

[...] das ist ein System, was eben nicht funktioniert. Wir haben [...] sehr hohe Verwaltungskosten.

(Heiterkeit bei Daniel Seiffert, DIE LINKE)

Wir haben sehr niedrige Rendite. Warum muss denn aus der Steuerkasse bezuschusst werden?

*(Zuruf von Jutta Wegner,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] wir haben tatsächlich die Situation, dass uns die dritte Säule, nämlich der Kapitalmarkt, fehlt. Und das muss endlich in die Gedanken reinkommen. [...]. Es erwirtschaftet sich nicht mehr von alleine. Das, was wirklich läuft [...], das ist ein Betrug an den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Überall könnten sie das Geld besser anlegen, und zwar in ihr Eigenheim, in ihre private Vorsorge.

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

[...] wir verordnen staatlich eine der schlechtesten Anlagen, die es überhaupt gibt auf der ganzen Welt.

*(Daniel Seiffert, DIE LINKE:
So ein Unfug! Das stimmt gar nicht.)*

[...] schauen wir uns mal die erfolgreichen Systeme an. [...] In Skandinavien ist die Rente [...] sicher, und zwar aktienfinanziert. [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*



René Domke (FDP) während seines Redebeitrages.

„Leitplanken“ flankieren Wärmewende

■ Kompromisse zur Gebäudeenergiegesetz-Novelle weiter verbessern

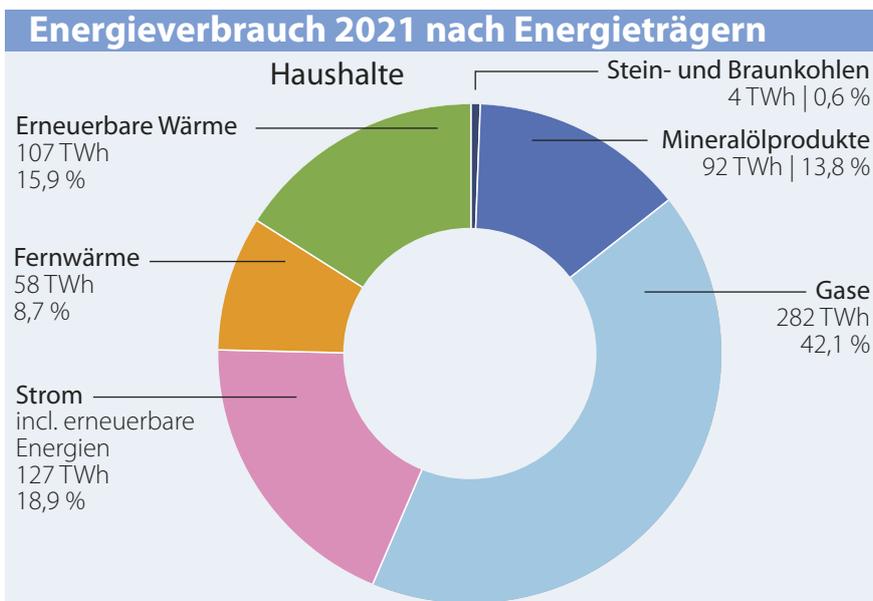
Die geplante Änderung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) durch die Bundesregierung bewog alle Landtagsfraktionen zur Ausarbeitung von Anträgen. Vorwiegend wurde Nachbesserungsbedarf geltend gemacht, nur die AfD lehnte das GEG grundsätzlich ab.

Während der Juni-Sitzungswoche legte die Berliner Regierung am 13. Juni 2023 die „Leitplanken der Ampel-Fraktionen zur weiteren Beratung des Gebäudeenergiegesetzes“ vor. Diese „Leitplanken“ stellen den Rahmen für die noch zu erarbeitenden Details des GEG dar.

Außer der AfD bewerteten alle Fraktionen diese Eckpunkte als akzeptablen Kompromiss. Es wurde Zeit gewonnen, zeigte sich die SPD erleichtert. Diese müsse genutzt werden, erwartete BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, um Landesmittel zur Ergänzung der Bundesförderung zu finden. Die FDP wertete positiv, dass der Bund mit Anreizen statt Verboten arbeite. DIE LINKE erkannte gute Tendenzen in den „Leitplanken“.

Dennoch blieben viele offene Fragen, die „im parlamentarischen Verfahren nachzujustieren“ seien, forderte die CDU.

Die nun vorliegende Überarbeitung des GEG weise „den richtigen Weg hin zu einem klimaneutralen Land“, bestätigte **Falko Beitz** (SPD). Wo zuvor „die sozialdemokratische Handschrift“ fehlte, sehe der Abgeordnete jetzt ein „Ermöglichen – nicht einfach verpflichten“. Bedenken bereitete ihm die zeitliche Machbarkeit der Durchführung. Auch sei gerade für den Osten „eine verbindliche Nachbesserung bei der Förderung unumgänglich“. Denn die „Realität europäischer Kreditvergaben“ zeige, dass Rentner kaum Kredite erhielten.



Der Kompromiss könne hinsichtlich Gasheizungen „trotzdem falsche Hoffnungen geweckt“ haben. Er empfehle den Bürgern, sich in Ruhe über die „wirtschaftlich sinnvollste Lösung“ zu informieren. Nicht jedes Haus benötige zukünftig noch eine eigene Heizungsanlage. Die kommunale Wärmeplanung werde ausweisen, wo Wärmenetze wirtschaftlich errichtet werden könnten. Kurzum, so Falko Beitz: erst Wärmeplanung, dann Umstellung. Das GEG gebe die Zeit, die Wärmewende „mit Augenmaß umzusetzen“.

„Opposition wirkt“, stellte **Daniel Peters** (CDU) fest. Die Proteste der Bürger und der Opposition hätten zum Umdenken geführt. Dennoch bliebe Skepsis, ob diese „Leitplanken“ einer Enteignung die Hintertür öffneten. Die Menschen würden zu „Investitionskosten in dramatischer Höhe“ gezwungen. Die bislang

geplante Förderung von 30 Prozent sei aus seiner Sicht „viel, viel zu wenig“. Hier müsse auch die Altersgrenze von 80 Jahren nachkorrigiert werden. Auch mit 70 Jahren wolle man nicht sein „letztes Ersparnis“ für eine Großinvestition verwenden. Das zuvor in Betracht gezogene Verbot von Holz und Pellets habe er für „irrsinnig“ gehalten. Die Korrektur sei um der politischen Glaubwürdigkeit willen notwendig gewesen.

Der Abgeordnete wollte „deutlich sagen“: Die „Leitplanken“ seien „noch nicht das Ende der Fahnenstange“. Der CDU-Antrag dränge daher auf eine „vernünftige Debatte“, denn die Menschen hätten ein Recht auf „ein geordnetes parlamentarisches Verfahren“.

Die geplante Novelle, trug **Petra Federau** (AfD) vor, greife „zutiefst in die Eigentumsrechte der Menschen“ ein. Das GEG sei „einfach nur übergriffig, schädlich

Die „Leitplanken“

Ab dem 1. Januar 2024 ist der Einbau klimafreundlicher Heizungen in Neubauten Pflicht. Ausnahmen sind auf Wasserstoff umrüstbare Gasheizungen. Für bestehende Bauten gelten Übergangsfristen, die von der kommunalen Wärmeplanung abhängig sind. Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern sollen diese Wärmeplanung bis 2028 abschließen. Dazu ist ein Bundesgesetz in Arbeit. Für kleinere Gemeinden ist noch kein Stich-

tag genannt. Ohne kommunale Wärmeplanung sind Gasheizungen, die zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien arbeiten, gestattet. Dazu gehört auch die Feuerung mit Holz und Pellets. Diese Regelung wird als „Technologieoffenheit“ kommuniziert. Soziale Härten sollen vermieden werden. Die genauen Details dieser Förderungen stehen noch aus.

und unsagbar schlecht für Deutschland“, setzte die Abgeordnete fort. Sie sah eine „Kostenlawine“ auf alle Bereiche zurufen. Die absehbare Belastung der Mieter werde sich zu einem gravierenden Problem gestalten. Daran änderten auch „übers Knie gebrochene angebliche Kompromisse nichts“.

Der Antrag von SPD und DIE LINKE spiele „energetische Sanierung und das Mietrecht gegeneinander“ aus. Anstatt „halbherziger“ Anträge möge sich die SPD auf Bundesebene gegen das GEG stark machen. Der im FDP-Antrag vorgeschlagene CO₂-Zertifikatehandel „ist und bleibt nichts anderes als ein moderner Ablasshandel, eine reine Gelddruckmaschine“. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versuche einen „zukünftigen Sachverhalt als gegeben fest[zustellen“, obwohl dieser momentan nicht voraussagbar sei.

Eine Gesetzesänderung, die so „massiven Schaden“ anrichte, sei „konsequent, ohne Wenn und Aber abzulehnen. Punkt.“

David Wulff (FDP) zeigte sich erleichtert über den Kompromiss. Denn der ursprüngliche Entwurf habe „vorne und hinten nicht funktioniert“. Der FDP sei wichtig gewesen, „keinen Eingriff in bestehendes Eigentum“ zu erlauben. Das sei gelungen. Aber das GEG müsse im Zusammenhang betrachtet werden. Seine Fraktion plädiere für die Beschleunigung des CO₂-Zertifikatehandels, um CO₂ einen marktwirtschaftlichen Preis zuzuordnen. Denn ohne Preisanreiz gebe es auch keinen Sparanreiz. So helfe der Zertifikatehandel beim Erreichen der Klimaschutzziele. Der Abgeordnete warnte, dass auf europäischer Ebene eine Effizienz-Richtlinie erarbeitet werde, die wahrscheinlich nur den Einsatz von Wärmepumpen zulasse. Das könne den nun vereinbarten Kompromiss zur Technologieoffenheit wieder zunichtemachen. Denn wer wisse heute, ob die Wärmepumpe auch in 10 Jahren noch die beste Heizung sei. Die FDP habe wiederholt betont: „Die Heizung muss zum Haus passen und nicht umgekehrt“.

Die Menschen, die noch kurzfristig in eine fossile Heizung investierten, bereiteten **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sorgen. Die Betriebskosten dafür würden durch die „massiv steigende“ CO₂-Bepreisung und hohe Erdgaspreise „regelrecht explodieren“.

Wer der „fossilen Kostenfalle“ entkommen wolle, müsse die Wärmewende bei sich zu Hause angehen. Auch wenn die „Leitplanken“ mehr Eigenverantwortung vorsehen, könne nicht erwartet werden, dass jeder Mensch ein Experte sei. Darum bestehe „eine Bringschuld“ der Regierung, Bürger zu informieren und einfach zu handhabende Online-Tools zur Kostenabschätzung bereit zu stellen.

Da BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammen denke, ziele man auf eine soziale Staffelung der „Förderkulisse“. Die Landesregierung müsse „unbedingt“ prüfen, mit welchen Landesmitteln die Bundesförderung komplementiert werden könne. Darum beantragte der Abgeordnete für die Drucksache seiner Fraktion die Überweisung in die Ausschüsse.

Der aktuelle Kompromiss zum GEG beweise, dass Demokratie wirkt, fand Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Das Eckpunktepapier mache begleitende Angebote und zeichne sich durch eine „deutlich stärkere Differenzierung“ zwischen Bestand und Neubauten sowie zwischen Bereichen mit oder ohne Wärmeplanung aus. Ebenso betreffe die Wärmeplanung Kommunen ab 10.000 Einwohner, das seien in MV rund 20 Städte. Für alle anderen werde offenbar eine Länderöffnungsklausel mehr Mitspracherecht gestatten. Auch die Technologieoffenheit sei eine Forderung der Länder gewesen. Gerade für den ländlichen Raum, wo Holzverwertung häufiger als Fernwärmenetze seien, wäre dies „ein funktionierendes Angebot“.

Das Eckpunktepapier enthalte ein „klares Bekenntnis“ zu den Mietern und „sozialen Aspekten“. Fehlen würden noch genaue Förderzusagen des Bundes. Insgesamt freute den Minister die „extreme Bewegung hin zu einer sehr positiven Veränderung“. „Demokratie wirkt, aber es bleibt jetzt die Diskussion im Einzelfall“.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) kritisierte die im Laufe der Erarbeitung der „Leitplanken“ entstandene „völlige Verunsicherung“ in der Bevölkerung. Aus „Unmut“ und „Angst“ vor finanzieller Überforderung kauften Eigenheimbesitzer „überstürzt“ eine Gasheizung. Zu den „guten Tendenzen“ des Papiers gehöre die enge Verzahnung von Wärmeplanungsgesetz und GEG. Den Ländern solle die Mög-

lichkeit für eigene Vorschriften offenbleiben. Sie verlangten gleichfalls eine deutliche Ausrichtung auf die sozialen Belange und Folgen. Der Schutz der Mieter und die zu hohe Altersgrenze gehörten dazu.

Seine Fraktion unterstreiche, dass Gesetz und „ein Blumenstrauß von Förderinstrumenten“ zeitgleich in Kraft treten müssen. Dabei stehe die soziale Wohnraumförderung an erster Stelle und ist „massiv zu erhöhen“.

Generell unterstütze DIE LINKE das Anliegen des GEG. Da der Gemeinschaftsantrag der Koalition der Weitreichendste sei, lehne seine Fraktion alle anderen Anträge ab.

Dem Antrag der CDU, der AfD sowie dem Änderungsantrag, Antrag und Überweisungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten jeweils nur die Antragsteller zu. Alle anderen Fraktionen lehnten ab. Beim Antrag der FDP enthielt sich die CDU, die FDP votierte mit Ja und die restlichen Fraktionen mit Nein. Der Koalitionsantrag wurde von AfD und FDP abgelehnt und CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich. Mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE war dies der einzige Antrag, den das Parlament autorisierte.

*Antrag SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/2082*

*hierzu
Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2287*

*Antrag CDU
Drucksache 8/2108*

*Antrag AfD
Drucksache 8/2226*

*Antrag FDP
Drucksache 8/2238
hierzu
Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2286*

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2293*

Debatte zu Klimastiftung

Keine schnelle Auflösung der Klimaschutzstiftung MV in Sicht

■ Wie kaum ein anderes Thema beschäftigte die Klimaschutzstiftung MV in den letzten Monaten die Landespolitik. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine war ihre Fortführung nicht mehr gewünscht. Doch wie kann eine Stiftung aufgelöst werden? Die AfD ist der Überzeugung, dass eine Stiftung fast einen Ewigkeitscharakter hat und lehnt die Auflösung ab. Die FDP zielt mit ihrem Antrag darauf ab, dass die ihrer Ansicht nach vorherrschende Verzögerungstaktik der Landesregierung beendet wird. Beide Anträge wurden jedoch abgelehnt.

Bei der Auflösung der umstrittenen und maßgeblich mit Geld aus Russland finanzierten Klimaschutzstiftung MV geht es nach Ansicht des AfD-Abgeordneten **Horst Förster** ausschließlich um eine rechtliche, nicht um eine politische Frage. „Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Auflösung oder Aufhebung der Stiftung liegen eindeutig nicht vor.“ Die vom Landtag einstimmig beschlossene Stiftung sei die Reaktion auf die demütigenden US-Sanktionen gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 gewesen. Die nun von der Landesregierung angestrebte Auflösung sei nicht durchführbar, da der Stiftungszweck weiter möglich sei. „Eine Stiftung ist eigenständig und grundsätzlich auf ewig angelegt“, sagte Förster. Sie könne selbst vom Stifter nicht aufgelöst werden. Nach der russischen Invasion in der Ukraine sei der Stiftungsvorstand um Alt-Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) gedrängt worden, die Auflösung wegen Nichterfüllbarkeit des Stiftungszwecks herbeizuführen. Der Vorstand habe dies aber abgelehnt. „Wo kein Auflösungsgrund besteht, da kann er auch nicht durch ein Wort der Ministerpräsidentin ersetzt werden.“ Der Vorstand würde sich Schadensersatzpflichtig machen, sollte er dem beabsichtigten Rechtsbruch Vorschub leisten. „Weder der Landtag noch

die Landesregierung sind befugt, eine Stiftung aufzulösen.“ Dafür sei alleine die Stiftungsaufsicht zuständig.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **René Domke** kritisierte, dass es die Landesregierung seiner Ansicht nach bisher nicht für notwendig gehalten habe mitzuteilen, ob sie die Beendigung der Stiftung insgesamt für rechtlich möglich erachte und wie sie mit der deutlichen Rücktrittsverweigerung des Vorstands umgehen werde. „Die Öffentlichkeit hat schon einen Anspruch darauf zu hören, wie es hier weitergehen soll“, betonte Domke. Das dürfe nicht hinter geschlossenen Türen geschehen. Er zeigte sich sicher, dass die Voraussetzungen für die Auflösung herbeigeführt werden können. Man müsse sich das Konstrukt der Stiftung genauer anschauen, dann würden Möglichkeiten und Wege gefunden. Die Frage sei, ob dies mit Sellering gelinge – „das kann ich nicht beantworten.“ Gleichzeitig wünsche er sich mehr Auskünfte aus dem Justizministerium, wie das Verfahren bei der Stiftungsaufsicht inzwischen gediehen ist und wie es um den Jahresabschluss 2022 stehe.

„Die Auflösung kann nur durch den Vorstand erfolgen“, betonte Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Er berichtete, dass der Vorstand wiederum zwei Tage vor der Landtagssitzung mitgeteilt habe, dass die Auflösung nicht möglich sei. Die Aufhebung oder die Abberufung des Vorstandes seien durch die staatliche Seite beziehungsweise durch die Stifter denkbar. „Beides ist hochgradig klageanfällig.“ Der Stiftungsvorstand habe auch klargemacht, dass ein solches Vorgehen zu Klagen führen werde. Pegel zeigte sich sicher, dass solche Verfahren mehrere Jahre dauern und über mehrere Instanzen gehen werden. „Es macht keinen Sinn, sich über viele Jahre juristisch zu streiten“, sagte Pegel. Unter der Frage „Wo stehen wir jetzt?“ fasste Pegel die Situation zusammen: Die Option der Stiftungsaufhebung durch den Vorstand sei nicht mehr realisierbar. Die Abberufung aus wichtigem Grund durch die Stiftungsaufsicht führe in einen langjährigen Rechtsstreit. „Egal, welchen Weg sie gehen, sie sind in langjährigen Rechtsstreitigkeiten.“

Es bleibe die Option abzuwarten, bis die Amtszeit des Stiftungsvorstands im Januar 2025 ausläuft. Es sei auch eine Fusi-

on mit anderen Stiftungen möglich, das gehe aber auch nur mit der Zustimmung des Vorstands. Pegel kam zu dem Schluss: Die Auflösung der Stiftung werde zumindest bis zum Ausscheiden des Vorstands nicht möglich sein.

„Es gibt berechtigte Zweifel am eigentlichen Auflösungswillen seitens der Landesregierung“, sagte der CDU-Abgeordnete **Sebastian Ehlers**. Er verwies auf eine E-Mail der Stiftung an Kita-Träger im Land von März dieses Jahres. Dort heiße es, dass die Landesregierung beschlossen habe, die Klimaschutzprojekte der Stiftung mit voller Unterstützung der Landesregierung fortzusetzen. „Ein Dementi der Landesregierung habe ich nicht gehört.“ Es sei richtig, dass der Innenminister nunmehr eingeräumt habe, dass die Auflösung nicht umsetzbar sei. „Dies also ist die offizielle Erklärung der Landesregierung, nach vielen vielen Monaten, in denen es keine großartig neuen Erkenntnisse gibt“, sagte Ehlers. Er bezweifelte, dass es einen Sinn macht, noch einen neuen externen Berater oder Gutachter zu Rate zu ziehen. „Welche neuen Erkenntnisse soll der bringen?“ In der Landesregierung sei ausreichend juristischer Sachverstand vertreten.

„Die Auflösungsdebatte wird so lange dauern, bis die Klimaschutzstiftung aufgelöst oder beendet ist. Das halten wir aus“, sagte der Abgeordnete **Michael Noetzel** (DIE LINKE). Es sei nun Bewegung in die Sache gekommen. Der Stiftungsvorstand habe medienwirksam erklärt, dass er sich nicht an die gemeinsame Vereinbarung gebunden fühle und keine Möglichkeit zur rechtskonformen Auflösung sehe. Noetzel richtete seine Worte direkt an den Stiftungsvorstand: „Nichts und niemand hindert Sie, die Funktion im Vorstand jederzeit niederzulegen. Ich fordere Sie auf, gehen Sie in sich. Tun Sie sich und uns das nicht länger an.“ Er bestätigte, dass der Vorstand um Sellering hervorragende Arbeit geleistet und sich in den Dienst des Landes gestellt habe. „Das jetzige Gebaren jedoch ist unwürdig und schmälert Ihren Verdienst.“ Nach Gesprächen von Landtagspräsidentin Birgit Hesse mit den Fraktionen und der Landesregierung seien doch alle Fragen beantwortet, betonte Noetzel. Es sei nicht erklärbar, warum alle drei Oppositionsfraktionen nun mit

dem Finger auf die Landesregierung zeigten und dabei hilf- und ratlos wirkten.

Für die Abgeordnete **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist es ein falscher Mythos, dass für die Klimaschutzstiftung eine Art Ewigkeitsgarantie gelte. „Diese Annahme lässt sich schon durch einen Blick in die Satzung widerlegen.“ Danach könne der Vorstand die Zusammenlegung mit einer anderen Stiftung oder die Auflösung beschließen, wenn der Stiftungszweck unmöglich werde oder sich die Verhältnisse derart änderten, dass die Erfüllung nicht mehr sinnvoll erscheint.

Oehlich verwies weiter darauf, dass die Stiftung öffentliche Aufgaben erfülle, sie sei auch staatlich beherrscht. „Das ist gerichtlich ausgeurteilt.“ Von daher genieße die Stiftung keinen Grundrechtsschutz. Außerdem lasse sich die Stiftung rechtskonform auflösen, wenn sich beispielsweise die Verhältnisse wesentlich veränderten, betonte die Grünen-Abgeordnete. Sie zitierte aus einem Gutachten, dass der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine eine wesentliche Veränderung darstelle und dass der Angriff maßgeblich aus Erlösen des russischen Energiekonzerns Gazprom finanziert werde.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, **Julian Barlen**, erinnerte daran, dass die Stiftung unter dem Eindruck der US-Sanktionen gegen Firmen gegründet wurde, die sich am Bau von Nord Stream 2 beteiligten. „Da bestand nahezu Einigkeit in der Gesellschaft und auch der Wirtschaft, dass sich die Politik dieses Verhalten der USA nicht bieten lassen darf.“ Es sei Konsens gewesen, dass die Pipeline fertiggebaut werden müsse. Deshalb sei im Landtag die Einsetzung der Stiftung ohne Gegenstimme beschlossen worden. „Die Einsetzung der Stiftung für den Klimaschutz und für einen Beitrag zur Fertigstellung der Pipeline ist von Anfang an ein offenes Buch“, betonte Barlen. Die SPD unterstütze den Vorschlag von Landtagspräsidentin Hesse, nach dem Rückzug vom Rückzug durch den Vorstand der Klimastiftung nun als Landtag eine beauftragte Person einzusetzen. Diese solle alle Möglichkeiten ausloten und rechtlich bewerten. Barlen forderte die Opposition auf, den Weg zur Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse gemeinsam zu Ende zu gehen.

Für den Antrag der AfD stimmte nur die AfD selbst, die anderen Parteien votierten dagegen. Dem Antrag der FDP folgten die FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die CDU, während er bei SPD, DER LINKEN und der AfD auf Ablehnung stieß.

*Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 8/2229
Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 8/2180*

Übergangspflege praktikabel gestalten

Bürokratie im Krankenhaus reduzieren

■ **Patienten haben laut Gesetz Anspruch auf Übergangspflege im Krankenhaus für maximal zehn Tage, wenn im Anschluss an die Klinikbehandlung Leistungen der häuslichen Krankenpflege oder der Kurzzeitpflege nicht oder nur unter erheblichem Aufwand erbracht werden können. Doch die Umsetzung bringt Schwierigkeiten. Die Übergangspflege im Krankenhaus muss nach Ansicht der Regierungskoalition zu einer Regelung gemacht werden.**

„Anspruch auf die Übergangspflege im Krankenhaus für bis zu zehn Tagen haben Patientinnen und Patienten im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung, wenn Pflegeleistungen erforderlich sind aber keine freien Plätze in einem Pflegeheim in der Umgebung zur Verfügung stehen“, sagte **Torsten Koplin** (DIE LINKE). Angewiesen seien insbesondere Alleinlebende ohne ein familiäres Hilfenetzwerk. Die Übergangspflege beinhalte unter anderem die Versorgung mit Arzneien oder Heil- und Hilfsmitteln. Auf Bundesebene sei die Übergangspflege Anfang 2022 eingeführt worden. „Die Sache hat einen Haken“, erläuterte Koplin. Es sei beispielsweise im Altenparlament oder im Sozialausschuss im November 2022 berichtet worden, dass

von dieser Möglichkeit elf Monate seit Bestehen des Anspruchs von keinem Krankenhaus in MV Gebrauch gemacht wurde. Der Grund liege darin, dass es zwar einen Anspruch der Patienten gibt, allerdings keine Pflicht der Krankenhäuser, die Leistung erbringen zu müssen. Zudem sei bis vor wenigen Wochen unbekannt gewesen, welche Kosten den Kliniken erstattet werden. Es habe bis dahin keine Rahmenvereinbarung zwischen den Krankenkassen in MV und den Kliniken gegeben. Die Übergangspflege sei ein weiteres Beispiel aus der Rubrik „gut gemeint“. Es gebe dringenden Handlungsbedarf.

Die Übergangspflege sei eine sehr zu begrüßende und sinnvolle Regelung, sagte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD). „Leider sieht es bei der Umsetzung dieser noch relativ neuen Leistung nicht so positiv aus.“ Die Übergangspflege komme in der täglichen Praxis zu selten zur Anwendung. „Das hat in der Regel nichts mit dem fehlenden Willen zu tun, sondern vor allem mit den umfangreichen Voraussetzungen und der daraus erwachsenden Bürokratie.“

Die Krankenhäuser seien verpflichtet, für ihre stationären Patienten ein Entlassmanagement zu organisieren. Dies sei zwar sinnvoll, doch sei die individuelle Anschlussversorgung von den Kliniken zu dokumentieren. Dieser erhebliche bürokratische Aufwand könne dazu führen, dass die Übergangspflege nur in einem geringeren Umfang zur Anwendung kommt, als es möglich und erforderlich wäre.

Die Krankenhausgesellschaft MV sei deshalb der Meinung, dass die Regelung nicht praxistauglich sei. Mit dem Koalitionsantrag solle dies geändert werden, betonte Drese. Die Übergangspflege sei kein nachrangiger Anspruch, sie müsse deutlich praxis- und lebensnäher ausgestaltet werden. Überbordende Dokumentationspflichten und anderer bürokratischer Aufwand müssten so reduziert werden, dass die Übergangspflege nicht verhindert wird, sondern häufiger zur Anwendung kommt.

Der AfD-Abgeordnete **Thomas de Jesus Fernandes** sagte zu den gesetzlichen Vorgaben bei der Übergangspflege: „Was für ein bürokratischer Irrsinn.“ Da habe das Misstrauen selbst die Feder geführt. Anders wären die Vorgaben, die

die Kliniken zu erfüllen hätten, nicht zu erklären. „Das Misstrauen muss abgebaut werden.“ Die Angestellten in den Krankenhäusern müssten ihre Arbeit machen können.

Er verwies darauf, dass die AfD bereits in der Vergangenheit auf diese Missstände hingewiesen habe, mit ihren Anträgen aber jeweils gescheitert sei. De Jesus Fernandes forderte Drese auf, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) auf eine entsprechende Gesetzesänderung zu drängen.

„Übergangspflege ist die Brücke in den Alltag“, bestätigte **Katy Hoffmeister** (CDU). Hintergrund dieser Regelung sei gewesen, dass Kurzzeit-Pflegeplätze nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren. Dies sei auch heute noch der Fall. Eines der Hauptprobleme der Regelung sei, dass die Krankenhäuser mindestens 20 Pflegeeinrichtungen der näheren oder weiteren Entfernung als Anschlussversorger anfragen müssen, ob sie die Patienten für die Pflege übernehmen können.

„Diese Regelung ist gewiss nicht im Sinne einer möglichst raschen und unbürokratischen Lösung. Leidtragende sind die Patienten.“ Ein zweiter Hinderungsgrund bei der Umsetzung der Übergangspflege sei, dass es zu wenig freie Betten in den Einrichtungen gibt. Es gebe kein Pflegepersonal, wie Hoffmeister konstatierte. Sie betonte, dass es wichtig sei, nun die Initiative zu ergreifen. „Der Anspruch auf Übergangspflege muss in der Praxis umsetzbar sein.“

Die gewissenhafte Nachsorge nach einem Krankenhausaufenthalt sei deshalb so wichtig, da sie die Wiederherstellung beziehungsweise die Stabilisierung des Gesundheitszustandes der Patienten durch pflegerische Maßnahmen, aktivierende Therapieansätze und die Fortführung der ärztlichen Behandlung gewährleistet, sagte **Christine Klingohr** (SPD). Das Ziel sei, dauerhafter Pflegebedürftigkeit vorzubeugen oder Pflegebedürftigkeit zu verringern, um die Rückkehr in die eigene Häuslichkeit zu ermöglichen. Menschen sollten nicht zu früh aus dem Krankenhaus entlassen werden und die Zeit bekommen, die sie benötigen, um wieder gesund zu werden und auf die Beine zu kommen. „Dadurch kann insbesondere bei älteren Menschen ein vorzeitiger Einzug in eine

Pflegeeinrichtung verhindert werden und die Selbständigkeit kann möglichst lange erhalten bleiben“, sagte sie.

Der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Dr. Harald Terpe**, bezweifelte, dass es für die Kliniken ein großer bürokratischer Aufwand ist, sich bei den Pflegeeinrichtungen in ihrer Umgebung nach freien Betten zu erkundigen. „Das kennen die längst. Da brauchen die nicht lange suchen. Die wissen ganz genau, welche Einrichtungen da sind.“ Die Kliniken hätten bisher auch die Kurzzeit- oder Anschlusspflege organisiert. Das Problem nun sei, dass die Kurzzeitpflege eine Leistung der Pflegekassen gewesen sei, die Übergangspflege dagegen eine Leistung der Krankenkassen. Nun fragten sich die Kassen, ob sie für Leistungen aufkommen sollen, die eigentlich Pflegeleistungen sind, sagte Terpe. Zudem fehle es den Krankenhäusern an den notwendigen Zusatzkapazitäten für die Altenpflege. Die Krankenkassen hätten nach Ansicht der Grünen einen Anspruch darauf zu erfahren, warum sie überhaupt zur Übernahme dieser Kosten in der Pflege verpflichtet werden sollen.

„Im Gespräch mit Älteren zeigt sich, wie wichtig diese Anschlusspflege ist“, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, **Barbara Becker-Hornickel**. Es sei ein zentrales Anliegen, die Rechte von Patienten zu stärken, die eine temporäre Pflege nach einem Klinikaufenthalt benötigen. Sie bestätigte, dass es in der Praxis unübersehbare Probleme bei der Anwendung und Dokumentation der Übergangspflege gibt. Es müsse gehandelt werden, um dieses „Bürokratie-Monster“ zu verkleinern. Das Gesetz müsse praktikabel sein. Becker-Hornickel stellte der Landesregierung die Frage, ob die Übergangspflege weiter nachrangig zu den bisherigen Leistungen der Rehabilitation, Kurzzeit- und häuslichen Krankenpflege erhalten oder zu einer gleichrangigen Leistung werden solle. Zudem bestehe die Gefahr, dass durch die Übergangspflege Betten der Akutversorgung belegt werden.

Der Antrag der Regierungsfaktionen wurde einstimmig angenommen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD
Drucksache 8/1949



Torsten Koplín (DIE LINKE)



Ministerin Stefanie Drese



Thomas de Jesus Fernandes (AfD)



Katy Hoffmeister (CDU)



Christine Klingohr (SPD)



Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Barbara Becker-Hornickel (FDP)

Landarztgesetz ausschöpfen und erweitern

Ländliche medizinische Grundversorgung solide absichern

■ **Studienplätze für Human-, Zahn-, Tiermedizin und Pharmazie werden durch ein bundesweites Vergabeverfahren nach Numerus Clausus koordiniert. Um dem Mangel an Hausärzten auf dem Land zu begegnen, hatte die Vorgängerregierung in MV durchsetzen können, 7,8 Prozent der Medizin-Studienplätze der Universitäten Rostock und Greifswald separat für die Landarztausbildung zu vergeben. Im Gegenzug verpflichten sich diese Studenten, 10 Jahre als Landarzt in MV zu arbeiten.**

Doch die Quote wurde bislang nicht ausgeschöpft. Mit einem Antrag warb die AfD für ein Nachrückverfahren. So blieben alle Studienplätze, die sonst in das Hauptverfahren zurückgegeben würden, für das Land erhalten. Ein CDU-Antrag zum gleichen Thema wollte das „Erfolgsmodell“ der Landarztquote auf 10 Prozent erhöhen sowie auf Zahnmedizin und Pharmazie ausdehnen.

Laut Ärztekammer werde jeder Dritte der insgesamt 1.200 Hausärzte im Land in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen, erklärte **Paul-Joachim Timm** (AfD). Um dieser „enormen Herausforderung“ zu begegnen, sei in der vergangenen Legislatur das Landarztgesetz mit der Landarztquote verabschiedet worden. Die Antwort auf die Kleine Anfrage der AfD, Drucksache 8/1906 vom 4. April, habe gezeigt, dass die Quote bisher nicht ausgeschöpft werde. Insofern müsse die Politik dafür sorgen, den „wirksamen Hebel“ der Quote voll zu nutzen, „damit nicht ein einziger dieser wertvollen Studienplätze verloren geht“. Denn es fehle nicht an „potenziellen Nachrückern“, die oft sogar schon Praxiserfahrungen mitbrächten, wusste der Abgeordnete. Aus diesem Grund regte die AfD an, „im Dialog mit anderen Bundesländern“ den Staatsvertrag über die

Hochschulzulassung mit einem Nachrückverfahren zu ergänzen.

Der Ansatz der CDU sei, führte **Katy Hoffmeister** (CDU) aus, das „wichtige und richtige Instrument“ der Landarztquote „und die damit verbundene Bindung an den ländlichen Raum“ auf zehn Prozent festzulegen. Aus Sicht ihrer Fraktion gehöre dazu „auch die Erhöhung der Studienplatz-Kapazitäten“. Die Landarztquote gebe auf das „Thema Abwanderung [...] genau die richtige Antwort“ und müsse auch für Fachärzte genutzt werden. „Denn ansonsten werden wir die Lücken nicht schließen können“, begründete Katy Hoffmeister ihre Forderung. Sie wolle auch die Zahnmedizin und Apotheken berücksichtigt wissen. Auch hier zeichneten sich gravierende Probleme in Bezug auf Personal und Nachfolge ab. Darum müsse die Landarztquote auf diese Bereiche ausgeweitet werden, „um die Absolventen für den ländlichen Raum zu gewinnen“.

Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) erinnerte an die „Beharrlichkeit“, mit der die Vorgängerregierung die notwendige Änderung des Staatsvertrages verfolgt habe. Ein „Zeichen für den Erfolg“ dieser „MV-Idee“ sei deren Übernahme durch andere Länder.

Die beiden Anträge sah die Ministerin skeptisch. Es sei noch ein „langer Weg“ bevor die jetzigen Studenten in die Praxis gehen würden und zu früh, eine Entscheidung für die Förderung weiterer Fachrichtungen zu treffen. Sie wolle „ganz klar und deutlich betonen“, dass dies zu Lasten der Hausarztplätze ginge. Das könne niemand wollen.

Sie setze sich bereits innerhalb der Gesundheitsministerkonferenz dafür ein, den Anteil der vom Land vergebenen Studienplätze, zu erhöhen. Aus verfassungsrechtlichen Gründen sei die Benennung von Nachrückern nicht möglich. Das Land könne dies nicht „eigenmächtig verändern“. Das heiße aber nicht, dass „wir untätig bleiben werden“, versicherte Stefanie Drese.

Torsten Koplín (DIE LINKE) stellte sich die Frage, ob die Anträge geeignet seien, den enormen Herausforderungen des demografischen Wandels „adäquat zu begegnen“. Vieles hätte schon gestern gelöst werden müssen. „Uns muss heute etwas anderes einfallen“, gab der

Abgeordnete zu bedenken. Die „Paradigmen von gestern“ seien unwirksam, den „tiefgreifenden Veränderungen“ zu begegnen.

Statt den Anträgen zu folgen, schlage seine Fraktion „eine Drei-Schritt-Strategie“ vor. Kurzfristig müssen schnellere Zulassungsverfahren für Ärzte gelingen. Mittelfristig bedürfe es der digitalen Medizin und langfristig gehöre der gesundheitlichen Prävention mehr Aufmerksamkeit.

„Insgesamt“, bilanzierte Torsten Koplín, „braucht es einen Masterplan auf Bundesebene, wie das Gesundheitssystem der Zukunft [...] aussehen soll“.

Dr. Harald Terpe (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betrachtete zwei Aspekte für den Erfolg des Landarztgesetzes. Einerseits sei der Staatsvertrag geändert worden, um die Quote zu ermöglichen. Und zweitens wurde die Ausbildung zum Allgemeinmediziner in MV „professionalisiert“. Somit sei „aus zwei Richtungen ein Schub für die Allgemeinmedizin“ gekommen.

Dr. Terpe ging auf die fehlende Definition für den Begriff Landarzt ein. Im medizinischen Alltag fielen die Allgemeinmediziner darunter, aber auch die „grundversorgenden Fachärzte“ wie Kinder-, Augen- oder Frauenärzte. Er sei der Ansicht, dass die Grundversorgung im ländlichen Raum auch auf „die fachärztlichen Schienen“ ausgedehnt werden müsse. Das Landarztgesetz war ein guter Beginn. Jetzt brauche es den nächsten Schritt, der die Pharmazie und Zahnmedizin einschließe. Darum werde seine Fraktion dem Antrag der CDU zustimmen.

Die FDP bevorzuge es, die Rahmenbedingungen zu verbessern, statt mit Quoten zu arbeiten, verdeutlichte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). Sie wolle das Landarztgesetz nicht kleinreden. Aber vielleicht solle der Fokus eher auf die Probleme im ländlichen Raum gelenkt werden. Denn, „das ist doch klar; wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen“, wandte die Abgeordnete ein.

Dazu gehörten „eine bessere Vernetzung der Haus- und Allgemeinärzte mit Universitäten und untereinander“, auch um die Karriere „offenzuhalten“. Die Attraktivität des ländlichen Raumes umfasse Kinderbetreuung und die Wohnsituation, damit Ärzte auch nach zehn Jahren

noch sagen: „Ja, ich will hier bleiben.“ Eine Quote sei eine Teillösung, bestätigte Barbara Becker-Hornickel. Darum werde sich die FDP zum Antrag der CDU enthalten, „den Antrag der AfD lehnen wir ab“.

In Bezug auf die Bevölkerung, hob **Christine Klingohr** (SPD) hervor, stelle MV „überdurchschnittlich viele Medizinstudienplätze zur Verfügung“. Trotzdem wolle sich die Regierungskoalition um weitere Studienplätze bemühen. Denn es bedürfe insgesamt mehr Absolventen, um in den Ruhestand wechselnde Ärzte zu ersetzen und dem steigenden Behandlungsbedarf zu begegnen. Laufende Gespräche mit dem Bund und im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz zielten auf die Weiterentwicklung der Landarztquote. Aber das allein reiche nicht. Christine Klingohr griff die Worte ihrer Vorrednerin auf: Es müsse dafür gesorgt werden, dass Mediziner, aber auch Pflegekräfte und andere Beschäftigte „nach Abschluss ihrer Ausbildung bei uns im Land bleiben“. Die Ausweitung der Landarztquote auf

Fachärzte, wie von der CDU vorgeschlagen, lehne ihre Fraktion ab. Denn das würde auf Kosten der Allgemeinmedizin gehen.

In seiner Erwiderung bedauerte **Paul-Joachim Timm** (AfD), dass die Redner mit ihren Ausführungen zu sehr „Allgemeinplätze bedient“ hätten. Etwas mehr „Essenz“ und „Sachargumente“ hätte er begrüßt. Seine Fraktion werde dem CDU-Antrag zuzustimmen, denn mit der Erhöhung der Quote auf zehn Prozent könne die AfD mitgehen. Konsequenter wäre es für die CDU, dem Antrag der AfD auch zuzustimmen, denn der erste Schritt liege in der Ausschöpfung der Quote: „also erstmal einzuholen statt überholen“, illustrierte Paul-Joachim Timm die Situation.

Der Antrag der AfD sei „faktisch erledigt“, entgegnete **Katy Hoffmeister** (CDU). Weil die Quote aus der Nachrückerliste für Fachärzte ausgeschöpft werden kann. Die Politikerin dankte für die Debatte, in der „das Ringen um die Lösung des Problems [...] klar erkennbar war“.

Sie fand die Erläuterung von Dr. Terpe zu den „grundversorgenden Fachärzten“ wertvoll. „Gesundheitsversorgung fängt eben bei A wie Apotheke an und hört bei Z wie Zahnmedizin auf“. Ihr sei bewusst, dass die Anhebung und Ausweitung der Quote „nicht des Rätsels Lösung“ seien, „aber ein wichtiger Baustein“. Am Ende komme man an die von Torsten Koplin angesprochenen drei Punkte wohl nicht vorbei.

Die AfD konnte keine Fraktion von ihrem Antrag überzeugen. Der CDU-Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition bei Enthaltung der FDP und Zustimmung von CDU, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

a) Antrag AfD
Drucksache 8/2224
Beschluss:

in Verbindung mit:
b) Antrag CDU
Drucksache 8/2242

Pflegesektor braucht Neuaufstellung

Kurzfristiger Kompromiss ist kein Aufschub für grundlegende Reform

■ Organisiert vom Netzwerk „Pflege in Not MV“ protestieren am 12. Juni 2023 in Schwerin zahlreiche Mitarbeiter privater Pflegedienste gegen steigende Kosten und für eine flächendeckende bezahlbare Pflege. Denn seit dem 1. September 2022 gilt der gesetzliche Tariflohn. Dafür mussten die Dienstleister in Vorleistung gehen, da die Krankenkassen die höhere Kostenerstattung ablehnten. Erst ein Schiedsspruch nahm die Kassen in die Pflicht, die Kompensationen per Ratenzahlung ab Juni 2023 zu leisten. Diese Streckung wiederum bedrohte Pflegeanbieter in ihrer Existenz. Eine Mediation der Sozialministerin setzte

dann die Gesamtzahlung im Juni 2023 durch. Dennoch bleibt der hohe Kostendruck ein grundsätzliches Problem. Dem widmeten sich drei Anträge in der Juni-Sitzung des Landtages. AfD und CDU legten den Fokus auf rasche Maßnahmen, während die FDP mit einem gesamtheitlichen Ansatz strukturelle Verbesserungen angehen wollte.

Steigende Kosten von bis zu 58 Prozent machten den privaten Pflegediensten seit Langem zu schaffen, führte **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) aus. Doch mit der Tarifbindung seien sie „an ihre Grenze gekommen“. Viele gaben aus Verantwortungsbewusstsein für den „Dienst am Menschen“ nicht auf, aber das ginge auf ihre „Substanz“. Hinzu käme, dass rückwirkend neue Rechnungen erstellt werden müssten, um die Kompensation zu erhalten. Seine Fraktion halte es für „ethisch sehr bedenklich“ an die Erben womöglich zwischenzeitlich verstorbener Kunden heranzutreten. Darum fordere der AfD-Antrag einen Hilfsfonds mit Überbrückungsgeld für ambulante Pflegedienste. Die Fraktion habe seit

Langem ein „Landespflegefördergeld“ befürwortet, um pflegende Angehörige von Zusatzkosten zu entlasten. Letztendlich aber wolle die AfD einen Maßnahmenkatalog zur Sicherung der Pflege im Land erarbeitet sehen.

„Problematisch“ sei für die Pflegedienste die Vorfinanzierung der Lohnsteigerungen gewesen, stellte **Harry Glawe** (CDU) fest. Einige haben das nicht leisten können und zahlten darum keinen Tariflohn, berichtete der Abgeordnete. „Selbstverständlich“ sei das Sozialministerium kein Verhandlungspartner in diesem Konflikt, „dennoch hat es die zuständige Fachaufsicht“. Darum bat er Ministerin Drese, einen Fachexperten als „Mediator“ für „Verhandlungen zwischen den Kassen und den Leistungserbringern“ zu benennen und „die vollständige Refinanzierung der Kostensteigerungen zu vermitteln“. Auch „der Bundesgesundheitsminister muss weiter nachsteuern“ und die notwendigen Finanzen bereitstellen. Er appellierte „mit Augenmaß, mit Vernunft“ und einer „Zielorientierung“ für die Sicherung der Pflege aktiv zu werden.

„Wir wollen diese ambulante Pflege“, bekräftigte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP), damit Menschen so lange wie möglich „in ihrer Häuslichkeit bleiben können“. Auch sie war überzeugt, dass durch den Schiedsspruch, das Problem „nicht vom Tisch“ sei. Das müsse „langfristig geplant werden“ und dürfe weder „zu Lasten der zu pflegenden Menschen“ noch der Pflegekräfte gehen. Doch „Stückwerk wird uns schlicht und einfach nicht weiterbringen“, mahnte Barbara Becker-Hornickel, nur „eine integrierte tragfähige Strategie“. Darum fordere die FDP von der Landesregierung eine umfassende Analyse und einen darauf aufbauenden Maßnahmenplan. Dieser müsse am Ende der demografischen Situation des Fachkräftemangels, aber auch grundlegenden „strukturellen Verbesserungen“ sowie einer „gesicherten Finanzierung“ gerecht werden.

Die Herausforderungen in der Pflege, so Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD), „glichen einer gesamtgesellschaftlichen Herkulesaufgabe“.

Ihr „Credo“ sei seit Jahren, es brauche „eine ehrliche Diskussion über die Finanzierung aller wünschenswerten Maßnahmen“. Dem Konflikt zwischen tarifgerechter, fairer Entlohnung und „exorbitant steigenden“ Eigenanteilen müsse mit einer „umfassenden Pflegereform“ begegnet werden. Die Länder haben sich bereits „für eine Reform der Finanzierungsgrundlagen der Pflegeversicherung“ ausgesprochen.

Die Ministerin sah die Erfüllung der Forderungen der FDP in der Verantwortung des Bundes.

Einen Hilfsfonds, wie von der AfD gefordert, benötige es nicht. Der vorliegende Kompromiss konnte Insolvenzen abwehren.

Sie erwarte von den Konfliktparteien, dass zukünftige Verhandlungen keiner „politischen Mediation bedürfen, sondern zügig und sachgerecht im Sinne der Pflegebedürftigen und der Mitarbeitenden“ ablaufen. Sie hoffe, dass alle Akteure „den Ernst der Lage erkennen“ und nun an „einem Strang ziehen“.

Ihre Fraktion begrüße die Einführung der Tariftreue, hob **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE) hervor. Zugleich erkenne sie die Umsetzung „als nicht ganz so gelungen“ an. Da sich der Hauptsitz der AOK nicht in MV befinde, habe das Sozialministeri-

um hier auch „keinerlei Befugnisse“. Dennoch lobte das Netzwerk „Pflege in Not MV“ die „Moderation und Begleitung durch das Sozialministerium“. Die Kompensation erfolge jetzt im Juni und nicht über fünf Monate, wie im Schiedsspruch festgelegt. Darüber hinaus erhielten Fachverbandsmitglieder bis Dezember eine gemeinsame Vergütungsvereinbarung. Auch ihrer Fraktion sei bewusst, dass Pflegeunternehmen „insgesamt nicht wirtschaftlich arbeiten könnten“. Dennoch sehe sie den CDU-Antrag erfüllt und bis auf einen Punkt seien die Forderungen der FDP „bundesrechtlich zu lösen“. Denn „eine grundlegende Reform der Pflege“, sei unumgänglich.

Bei seinen Gesprächen mit Pflegediensten habe **Dr. Harald Terpe** (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) nicht das Gefühl gehabt, dass parlamentarische Anträge erforderlich wären. Die „Adressaten“ der Problemlösung seien zuallererst die Krankenkassen. Forderungen an das Land, Finanzierungslücken zu füllen, seien „völlig unangebracht“. Damit erledigten sich zwei der vorgetragenen Anträge.

Laut Bundesgesetz liege die Sicherung der Pflege bei den Pflegekassen. Trotz der erzielten temporären Lösung, sei die Frage der finanziell dauerhaften Lösung offen. Hier ermögliche der FDP-Antrag, „die Thematik noch sehr viel weiter zu spannen“. Seit der Einführung der Pflegeversicherung in den 1990er Jahren sind die Familien nicht mehr die „Pfleger der Nation“. Darum werde man um eine Verbesserung der Finanzierung der Pflegeversicherung nicht umhinkommen.

Beim Thema Pflege ginge es doch im Kern um zwei Punkte, schätzte **Christine Klingohr** (SPD) ein: guter Lohn für die Pflegekräfte und gute Versorgung der Bedürftigen. In den vorliegenden Anträgen würden „hauptsächlich die gestiegenen Personalkosten zum Problem gemacht“. Diese „Problemumkehr“ sei für „Sozialdemokraten nicht akzeptabel“, schließlich stehe die Koalition für faire und gute Löhne.

Ambulante Pflegedienste leisteten „einen ungemein wichtigen Beitrag“. Darum habe die SPD die Krankenkassen „explizit gebeten“ für insolvenzgefährdete Dienste eine beschleunigte Auszahlung der Vergütung zu ermöglichen. Diese Option sei von den Pflegediensten

jedoch nicht beansprucht worden.

Außer Frage stünde die Dringlichkeit der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. Hierzu habe der Bundesrat die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert.

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) bekräftigte am Ende der Debatte, dass der Schiedsspruch die Probleme der „auskömmlichen Finanzierung der Tariflohnzahlung“ nicht gelöst habe. Auch bleibe das Thema der Kosten für die Angehörigen. Diese würden über die Sozialhilfe auf die Kommunen umgelegt. Das sei ein „unehrliches Vorgehen“, das könnte der Staat dann auch gleich übernehmen. Einigkeit stellte er in der Forderung nach einer längst überfälligen Reform fest.

Das Thema Kurzzeitpflege wurde noch nicht beachtet, wand **Harry Glawe** (CDU) in der Erwiderung ein. Die CDU habe das schon im Ausschuss angesprochen, aber der „Durchbruch“ sei noch nicht erreicht, obwohl die Sache seit Langem im Bundesgesetz enthalten sei. Er „konstatiere“, dass der CDU-Vorschlag für die Berufung eines Mediators kritisiert werde. Da hätte er eher „Beifall erwartet“, denn das würde die Ministerin entlasten.

Barbara Becker-Hornickel (FDP) schloss sich den Vorrednern an: „Es ist nichts wirklich vom Tisch. Das wird uns immer weiter begleiten.“

An Dr. Terpe gerichtet versicherte sie, dass bei ihren Gesprächen mit den Pflegediensten sehr wohl die Unterstützung der Landespolitik eingefordert wurde.

Wichtig sei ihr den menschlichen, solidarischen Charakter der Pflege herauszustellen. Das habe sich in der Diskussion wenig niedergeschlagen.

Keine Fraktion stimmte dem AfD-Antrag zu. Der FDP-Antrag wurde durch die Ablehnung von SPD und DIE LINKE bei sonstiger Zustimmung zurückgewiesen. Dem CDU-Antrag enthielt sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, während auch hier SPD und DIE LINKE ablehnten und CDU, FDP, AfD zustimmten.

Antrag AfD, Drucksache 8/2230

Antrag CDU, Drucksache 8/2111

Antrag FDP, Drucksache 8/2239

Debatte zum Deutschlandticket

Ermäßigungen für ausgewählte Personengruppen ermöglichen

■ Seit dem 1. Mai 2023 gibt es das Deutschlandticket. Für 49 Euro im Monat kann man in alle Nahverkehrszüge (SPNV) und in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einsteigen und quer durch die Republik reisen. Auszubildende in MV bezahlen für das Ticket 29 Euro, denn 20 Euro übernimmt das Land. Auch manche Kommunen bieten Schülern ein ermäßigtes Ticket an. Aber generell kommen Schüler, Studenten, Bürger- und Wohngeldempfänger in MV nicht in den Genuss einer Vergünstigung. Jedoch gerade junge Menschen und finanziell schwache Bürger sind auf den ÖPNV angewiesen, argumentierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag „Mobilität für alle: Deutschlandticket für 29 Euro ausweiten“. Die Fraktion forderte für diese Personengruppen finanzielle Unterstützung durch das Land.

Da die Schülerbeförderung Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte sei, leitete **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Antragsbegründung ein, führe das zu „Ungereimtheiten“. Besuche ein Kind die näher gelegene Schule im Nachbarkreis, finanziere der Wohnort-Landkreis nur den Weg bis zur Kreisgrenze.

Mit dem Deutschlandticket wurde die Situation noch komplexer. Manche Schüler nutzten dieses Ticket für den Weg zur Schule, manche nicht oder andere wiederum, wie im Landkreis Ludwigslust-Parchim, bezögen ein Deutschlandticket für 19 Euro. Das führe zu einem „Flickenteppich bei der Schülerbeförderung“. Auch für Studenten gelten verschiedene Regelungen in MV, während Bürger- und Wohngeldempfänger sich kaum ein Deutschlandticket leisten könnten. Doch „Mobilität“ bedeutet nichts anderes als gesellschaftliche Teilhabe“, verdeutlichte die Politikerin und forderte die Landesregierung zu einer



Foto: nordreport

Mit dem 49-Euro-Ticket kann deutschlandweit der Regionalverkehr genutzt werden.

sozialen Prioritätensetzung auf. Geld für die Mehrausgaben „wäre grundsätzlich“ da.

„So geht es leider nicht“, ermahnte Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) Jutta Wegner. Man könne nicht alles finanzieren, was man sich „jemals gewünscht“ habe. „Behutsam mit Finanzen umzugehen, war immer ein Merkmal in Mecklenburg-Vorpommern“, gab der Minister zu bedenken. Statistiken zeigten, dass das Deutschlandticket in erster Linie „ein Metropolen-Ticket“ für die Großstädte sei. Hier in MV sei der „entscheidende Punkt“, zunächst die Voraussetzungen im ländlichen Raum zu schaffen. Und das bedeute, die Verkehrsangebote durch eine Zug-Taktung, ein Netz von Überlandbussen und einem landesweiten Rufbussystem auszubauen, konkretisierte Reinhard Meyer. Dafür kämen die Regionalisierungsmittel zum Einsatz. Hinsichtlich des Schülertransports habe das Land mit den Kommunen gesprochen. Aber nur Ludwigslust-Parchim habe reagiert. Für das einheitliche Studenten-Deutschlandticket liefen noch die Gespräche mit dem Bund.

Die AfD könne nicht allen Forderungen des Antrages folgen, führte **Jens-Holger Schneider** (AfD) aus, aber bei Schülern und Studenten „sehen wir das anders, da befürworten wir auch eine Rabattierung“. Es liege auf der Hand, dass bei den Studenten der Bund die gegebenen Versprechen halten müsse. Seine Fraktion erkenne das eigentliche Problem in der „überlasteten Infrastruktur“ und den feh-

lenden Ressourcen. Somit sei jeder Euro, der für Fahrpreisermäßigungen ausgegeben werde, ein fehlender Euro bei der Sanierung von Schienen und Bahnhöfen oder bei der Anschaffung von Bussen. Ohne genügend Investitionen in ÖPNV und SPNV (Schienenpersonennahverkehr) „wird über kurz oder lang das Angebot sinken“, und dann brauche auch niemand ein Deutschlandticket. Bis auf den Punkt für die Schüler und Studenten lehne die AfD den Antrag ab. Sie befürworte jedoch die Überweisung, um trotz knapper Finanzen die notwendigen Zuschüsse zu bereden.

Es sei ein wichtiges Thema, stimmte **Daniel Peters** (CDU) dem Minister zu. Rabattierungen seien „wünschenswert“, aber es gebe schon ein „großes Handlungsfeld“ und das sei die Angebotsoffensive.

In der Vergangenheit habe es stets geheißen, dass die Regionalisierungsmittel „für schlechte Zeiten“ weiter angespart werden müssten. Er wolle „lobend“ hervorheben, dass diese Mittel jetzt tatsächlich dafür verwendet werden, wofür sie gedacht seien: „nämlich für Investitionen“. Ehrlich betrachtet, sei im ländlichen Raum der einzige ÖPNV häufig nur der Schulbusverkehr. Hier müsse erst einmal ein Angebot geschaffen werden. Danach könne eine Rabattierung folgen. Aber dafür vermisste Daniel Peter im Antrag ein „vernünftiges Finanzierungskonzept“. Weiter hielt es der Abgeordnete für eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, „einen gewissen Abstand“ zwischen Bürgergeld und Niedriglohn zu wahren, um

den Anreiz zur Arbeit nicht zu verlieren. Die Unterstützung des Azubi-Tickets und des zukünftigen Senioren-Tickets sei aus Sicht seiner Fraktion „ein wichtiger Schritt [...] zur Sicherung der Mobilität für möglichst viele Menschen“, zeigte sich **Henning Foerster** (DIE LINKE) zufrieden. Jungen Menschen werde so der Berufsstart erleichtert. Senioren würden eine Würdigung ihrer Lebensleistung erfahren.

Für Studenten in MV gebe es nur an der Universität Rostock die Möglichkeit, das Semesterticket in ein Deutschlandticket umzuwandeln. Nach Kenntnis von Henning Foerster werde an einer bundesweiten „einheitlichen Lösung für alle Studierenden gearbeitet“. Ein Alleingang des Landes, auch mit Blick auf die finanzielle Lage, „erscheint daher nicht zielführend“.

Auch auf der Bundesebene werde erkannt, dass es insbesondere mit Blick auf Familien beim Deutschlandticket „noch Verbesserungsbedarf gibt“. Dazu wolle der Bund Verhandlungen mit den Ländern aufnehmen. Der Abgeordnete bat, dies abzuwarten.

Ein wesentlicher Punkt für die Einführung des Deutschlandtickets, so **David Wulff** (FDP), sei eine Vereinfachung des ganzen Systems gewesen. Würde jetzt eine weitere Ausnahme geschaffen, bewege man sich von diesem Ziel wieder weg.

Der „einzige Punkt“, wo die FDP noch ins Detail gehen wolle, sei, für Schüler Vorteile zu finden. Zum einen, weil das etwas sei, „was wir hier im Land tatsächlich bewegen können“, unterstrich David Wulff, und zum anderen, weil schon einige gute Beispiele existierten. Darum beantrage er die Einzelabstimmung, „weil wir genau dem Punkt dann ganz gerne zustimmen wollen“.

Die komplette Finanzierung des Deutschlandtickets aus dem Landeshaushalt sei unrealistisch, aber vielleicht könnten Land und Kreis gemeinsam eine Lösung erarbeiten.

Wie seine Vorredner, sprach David Wulff den Ausbau der Verkehrsangebote an und fasste zusammen: „Das Ticket kann kostenlos sein oder auch nicht – ist völlig egal – wo nichts fährt, ist nichts los.“

Es reiche nicht, hier im Landtag etwas zu beschließen, warnte **Marcel Falk** (SPD). „Da müssen wir uns mit der kommunalen

Ebene zusammensetzen“ und „das konsequent zusammen denken“, mit der gesamten Problematik Schülertransport.

Es sei ratsam, die Wünsche der Jugend zu berücksichtigen. Nicht alle hätten ein Bedürfnis nach deutschlandweiten Reisen. Aber genau das bezahle man mit dem Deutschlandticket mit.

Auch für die Studenten sei der Landtag nicht die erste Anlaufstelle. Man könne nicht per Antrag und ohne vorherige Gespräche „ein bestehendes System komplett über den Haufen“ werfen, richtete er an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Forderung nach Unterstützung für Bürgergeldempfänger sei „eine Debatte, die zuerst in Berlin geführt werden muss“.

Grundsätzlich befürworte Marcel Falk das Deutschlandticket, glaubte aber regionale Tickets wären vermutlich angebrachter gewesen.

Seine Fraktion lehne darum den Antrag und die Überweisung ab.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fand die in der Debatte angeführten Argumente „voraussehbar“. Natürlich freue sie sich über die Mobilitätsoffensive.

Ihr ginge es vor allem um die Menschen, die „tatsächlich Schwierigkeiten haben, ein solches 49-Euro-Ticket zu finanzieren“. Und es brauche für die jungen, Mobilität-affinen Menschen ein günstiges Angebot.

Auch freue sie sich, wenn auf Bundesebene schnell eine Lösung für die Studenten gefunden werde. Sie begrüße gleichfalls gemeinsame Initiativen von Land und Kommunen für ein ermäßigtes Ticket.

Sie wolle „die ordnende Hand des Landes, damit wir eine einheitliche Lösung haben“. Der Antrag solle für so einen Prozess der Anfang sein.

Die Überweisung in den Ausschuss wurde mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE bei sonstiger Zustimmung abgelehnt.

Bei der Ziffernweisen Abstimmung votierte bei allen Punkte mindestens die Regierungsfraktion mit Nein und dadurch fehlte dem gesamten Antrag die Zustimmung.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2221*

Meldungen

Parlament uneins bei Arbeits- und Fachkräftesicherung

Die CDU-Fraktion hat den Imageverlust der Berufsausbildung beklagt. Der CDU-Abgeordnete Wolfgang Waldmüller befürchtete, dass dies in einer volkswirtschaftlichen Katastrophe für die MV-Wirtschaft ende. Fachkräftesicherungskonzepte müssten dringend umgesetzt werden. Als erster Schritt sei eine Kostenfreiheit für die Meisterausbildung nötig. Dies gebe es bereits in anderen Bundesländern. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) betonte, dass es bereits eine Vielzahl von Maßnahmen gebe, die gemeinsam mit Partnern umgesetzt werden. Der Abgeordnete Michael Meister (AfD) kritisierte, dass die CDU als Oppositionspartei mit dem Antrag zur Arbeits- und Fachkräftesicherung komme, nachdem sie in den vergangenen Legislaturperioden das Wirtschaftsministerium innehatte. Die Probleme seien damals schon bekannt gewesen. „Der entscheidende Faktor bei der Arbeits- und Fachkräftesicherung sind die Unternehmen selbst“, sagte Christian Albrecht (DIE LINKE). In diesem Sinne agiere die rot-rote Landesregierung. „Wir wollen das Image des Niedriglohlandes endlich ablegen. Wir wollen MV zum Land der guten Arbeit weiterentwickeln.“ Die Forderung der CDU an die Landesregierung nach einer besseren Vereinbarung von privatem und beruflichem Lebensbereich stieß bei Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf Ablehnung. „Für Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu sorgen, ist doch keine Landesaufgabe.“ Dies liege mitten im Verantwortungsbereich der Arbeitgeber. „Der Fachkräftemangel im Handwerk ist so eklatant, dass es weder für Praktika noch für Auszubildende das nötige Personal gibt“, erklärte Sabine Enseleit (FDP). Es müsse ein „noch viel größeres Rad“ gedreht werden, um Anreize für die Ausbildung im Handwerk zu verstärken und Fachkräfte anzuwerben. „Die Löhne und Gehälter in Ostdeutschland müssen steigen, um dem Fachkräftemangel entschieden entgegenzutreten.“

ten“, betonte Christian Winter (SPD). Dies sei auch die Meinung der MV-Koalition. Es bedürfe einer guten Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik. Es wurde deutlich, dass alle Parteien das Problem des Fachkräftemangels erkannt haben, die Wege hin zu einer Lösung bleiben allerdings umstritten. Der Antrag sowie der Änderungsantrag der CDU wurden in ziffernweiser Abstimmung bei überwiegender Zustimmung der AfD sowie teilweiser Zustimmung von FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sowie auch teilweiser Ablehnung der beiden Fraktionen und genereller Ablehnung der Regierungskoalition abgelehnt. Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 8/2110

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 8/2291

Forderung nach Klimavorbehalt nicht notwendig

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Klimavorbehalt auf Landesebene gefordert. „Es dürfen keine Entscheidungen mehr getroffen werden, die dem Klimaschutz und der Sicherung einer lebenswerten Zukunft entgegenstehen“, sagte der Abgeordnete Hannes Damm. „Das Zeitfenster, in dem eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle gesichert werden kann, schließt sich rapide.“ Innenminister Christian Pegel (SPD) betonte, dass sich die Koalition eindeutig zum Klimaschutz bekannt habe. „MV will 2040 klimaneutral sein. Wir sehen den dringenden Handlungsbedarf.“ Eine Forderung nach einem Klimavorbehalt sei jedoch nicht notwendig. Die Landesregierung beachte die Einhaltung der Nachhaltigkeit bei allen Vorhaben. Der Abgeordnete Thore Stein (AfD) kritisierte, dass der Grünen-Antrag praxisfern sei. Es gebe bereits Bundesländer, die einen Klimacheck eingeführt hätten, konkrete Auswirkungen auf die dortige Politik seien nicht ersichtlich. Die gesamte Verwaltung würde mit noch mehr Bürokratie überzogen. „Wir sind weder inhaltlich noch rechtlich davon überzeugt, dass der Klimavorbehalt der richtige Punkt ist“, erklärte Sebastian Ehlers (CDU). Die Grünen wollten den Handlungsspielraum einer demokra-

tisch gewählten Regierung einschränken. „Das lehnen wir von der CDU-Fraktion ab.“ Daniel Seiffert (DIE LINKE) kritisierte, dass die Grünen auch die Geschäftsordnung des Landtags ändern wollten. „Ich finde dieses Vorgehen gelinde gesagt etwas unhöflich und rein rechtsförmlich auch nicht richtig.“ Er verwies auf die gängige Praxis, Änderungen der Geschäftsordnung über die Fraktionen hinweg einvernehmlich zu erreichen. Die FDP-Abgeordnete Sandy van Baal zeigte Verständnis für die Intention des Grünen-Antrags, die FDP könne der Argumentation aber nicht folgen. Die Grünen machten es sich zu einfach, denn sie würden sich über die konkrete Umsetzung des Klimavorbehalts ausschweigen. Falko Beitz (SPD) verwies darauf, dass der Klimavorbehalt im Programm der rot-roten Landesregierung Teil eines viel umfangreicheren Nachhaltigkeitschecks mit ökologischer, ökonomischer und sozialer Verträglichkeitsprüfung sein wird. „Wir sind beim Thema Nachhaltigkeit längst in der Spur und auf dem richtigen Weg.“

Dem Antrag auf Einführung eines Klimavorbehalts stimmte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, die anderen Fraktionen lehnten ihn ab

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/1741

Kein Bedarf für pädagogische Hochschule

Um der schwindenden Attraktivität des Lehrerberufs und dem Mangel an Lehrern zu begegnen, schlug die AfD eine Machbarkeitsstudie zur Einrichtung einer pädagogischen Hochschule im Land vor. Es brauche einen anderen Ansatz für die derzeitigen Lehramtsausbildungen an den Universitäten in Rostock und Greifswald, die 2021 eine Abbrecherquote von 67 beziehungsweise 83 Prozent verzeichneten. Die Ursachen dafür sah die AfD in der „zu akademischen“ Ausrichtung des Studiums, einem „überfrachteten Referendariat“ und den gestiegenen beruflichen Anforderungen durch „Integration, Inklusion, Erziehung“ oder digitale Medien. Eine eigenständige pädagogische Hochschule würde eine „verschlangte und praxisorientierte

Lehrerbildung“ bieten und „man würde Lehrer aus dem Land und für das Land ausbilden“. Das Modell der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Güstrow, wo Studenten schon mit Beginn des Studiums „eingestellt und vergütet werden“, könne als Vorbild dienen. Die Anstrengungen in Lehrerbildung und Anwerbung müssen „weiter verstärkt“ werden – hier stimmte Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) der AfD zu und verwies auf die jüngsten Reformen. In Greifswald sei „ein komplett neuer Studiengang eingerichtet“ worden. Studenten werden von Anfang an einen Tag pro Woche in einer Schule angeleitet. In Rostock gebe es jetzt eine 50 Prozent höhere Studienplatzkapazität. Auch andere Maßnahmen greifen. Dafür sei „keine pädagogische Hochschule notwendig“ und auch nicht dieser Antrag, schlussfolgerte Ministerin Martin. CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD folgten dieser Argumentation. In der gewachsenen Hochschullandschaft des Landes würde ein neuer Standort zu Lasten der anderen Ausbildungsstätten gehen. Alle anderen Fraktionen setzten auf die laufenden Reformen, die bedeutend schneller Ergebnisse lieferten.

Somit blieb in der Abstimmung die AfD der einzige Befürworter der Drucksache.

Antrag AfD

Drucksache 8/2227

Mehr Unterstützung für Kindertageseltern gefordert

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Land aufgefordert, das Wahlrecht der Eltern bei der Wahl von Kindertageseinrichtungen und -tagespflege zu schützen. „Die Tageseltern sind in MV mittlerweile nur noch eine ganz kleine Gruppe und es werden immer weniger“, sagte die Grünen-Abgeordnete Anne Shepley. Die Ursachen lägen vor allem im finanziellen Bereich. „Im Sozialgesetzbuch ist eine leistungsgerechte Vergütung festgeschrieben“, betonte sie. Wie Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE) erklärte, steht die Entwicklung bei den Kindertageseltern im Zusammenhang mit der sinkenden Zahl

von Geburten. Gleichzeitig wachse die Zahl der Kitas und die Tageseltern würden immer älter. „Eine landeseinheitliche Vergütungsregelung kann es nicht geben.“ Dies wäre ein Eingriff in die Selbstverwaltung der kommunalen Ebene beziehungsweise der Einrichtungsträger. Der AfD-Abgeordnete Enrico Schult kritisierte, dass sich seit der letzten Landtagsdebatte 2020 nichts getan habe. „Das liegt daran, dass die Kindertagespflege-Personen keine große Lobby haben in diesem Haus.“ Wegen der Konkurrenzsituation würden sie im Bildungsministerium nicht mit offenen Armen empfangen. Torsten Renz (CDU) erläuterte, dass die Arbeitsbedingungen für Tageseltern nicht attraktiv genug seien. „Des-

wegen geben sie ihren Beruf auf beziehungsweise wechseln teilweise in die Kitas.“ Er kritisierte, dass es im Bereich der Tagespflege unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit gebe. Jeannine Rösler (DIE LINKE) betonte, dass die Betreuungsformen Tagespflege und Kita nicht gleichberechtigt zu behandeln seien. Sie verwies auf die Gesetzesformulierung, dass ein Kind bei besonderem Bedarf oder ergänzend auch in Kitas gefördert werden kann. Es gehe um einen fairen Wettbewerb zwischen den Anbietern der Kinderbetreuung, erklärte Sabine Enseleit (FDP). „Wir haben das Glück, dass wir in unserem Land über ein vielfältiges Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten verfügen.“ Kinderta-

gespflege und -stätten sollten als gleichwertige Optionen bestehen bleiben. Mandy Pfeifer (SPD) sah den aktuellen Generationswechsel im Bereich des pädagogischen Personals als Grund für den Rückgang der Tagespflege. Gleichzeitig hätten sich die Verdienstmöglichkeiten in der Kita deutlich verbessert. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde von der Regierungskoalition aus SPD und DIE LINKE ebenso abgelehnt wie die beantragte Überweisung in den Bildungsausschuss. Die anderen Parteien votierten jeweils dafür.

Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2087

Einbürgerungsfeier im Schlossinnenhof

Gute Wünsche der Landtagspräsidentin Birgit Hesse für diesen neuen Lebensabschnitt



Landtagspräsidentin Birgit Hesse begrüßt alle Gäste.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse verfolgte das kulturelle Rahmenprogramm.

Am Dienstag wurde die Einbürgerungsfeier der Landeshauptstadt erstmals im Schweriner Schloss ausgerichtet. Landtagspräsidentin Birgit Hesse hieß die eingeladenen Gäste im Schlossinnenhof herzlich willkommen und sprach ihnen ihre Wünsche für diesen neuen Lebensabschnitt aus:



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Schwerins Oberbürgermeister, Dr. Rico Badenschier, gemeinsam mit den Gästen der Einbürgerungsfeier

„Ich freue mich sehr, dass unser schönes Bundesland zugleich die Wahlheimat und ein Zuhause für Menschen aus so vielen verschiedenen Ländern geworden ist. Ich hoffe, dass Sie mit dieser neuen Heimat nicht nur einen Ort, sondern auch das Gefühl verbinden, endlich angekommen zu sein.“



Die Bühne des Theaters für die Aufführung "Little Miss Sunshine" bot ein passendes Ambiente.

Fotos: Landtag MV





Der Abgeordnete Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) befragt Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus.

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Backhaus, da geht es jetzt um das Moorschutzkonzept und das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz. Wir wissen ja von Ihnen, dass es noch Probleme mit der Zusage der Mittel aus der Bundesfinanzierung gibt für das Arbeitsprogramm. Meine Frage lautet hierzu dann aber: Welchen Zeitplan verfolgen Sie, verfolgt das Land Mecklenburg-Vorpommern aktuell hinsichtlich der Neuauflage unserer landeseigenen Moorklimaschutzkonzeption?

Minister Dr. Till Backhaus:

Ja, vielen Dank für die Frage! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Damm! Also erstens habe ich mich wirklich gefreut, dass der Bundeslandwirtschaftsminister hier war am Freitag, und der hat dort verkündet, dass Mecklenburg-Vor-



Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus.

pommern aus seinem Programm, also es ist ja ein Teil auch in das Bundeslandwirtschaftsministerium transferiert, es sind insgesamt 100 Millionen, und von den 100 Millionen, die für Moorschutz bereitgestellt werden, wird Mecklenburg-Vorpommern allein 40 Millionen bekommen. Das ist der höchste Anteil. Darüber bin ich froh.

Ich erarbeite das jetzt sehr schnell und hoffe auch, dass das sehr zügig geht. Im Übrigen will ich auch ausdrücklich sagen, ich habe mit dem Bundesfinanzministerium gesprochen, da gab es ja den Hinweis, dass es eine Blockadehaltung aus dem Bundesfinanzministerium gab. Die ist aufgelöst in dieser Frage. Also da kann jetzt hoffentlich schnell was passieren. Das hoffe ich.

Dann habe ich im Übrigen auch am vergangenen Montag – nicht jetzt Montag, sondern die Woche davor – mit der Bundesumweltministerin an der Oder zusammengesessen. Die Dramatik nimmt ja aktuell wieder zu, wie wir alle zur Kenntnis genommen

haben, aber da habe ich auch mit ihr noch mal über das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz gesprochen. Und sie hat mir zugesichert, dass noch in diesem Jahr, insbesondere was die kommunale Ebene/Projektarbeit anbetrifft, für den Klimaschutz – und da kann man dann auch für Moore was machen –, gehen wir davon aus, dass das noch vor der Sommerpause kommt. Darüber habe ich mich auch gefreut.

So, und dann hat sie mir, darüber habe ich mich nicht gefreut, dann hat sie mir aber gesagt, ja, der zweite Teil, insbesondere dann diese 220 Millionen, die wir ja kriegen sollen aus dem 4-Milliarden-Programm für den Moorschutz, das wird in diesem Jahr nicht mehr kommen. Und deswegen ist die Antwort auf Ihre Frage, Sie werden das ja demnächst in den Haushaltsverhandlungen hier sehen, ich bin doch verhalten optimistisch, wenn ich das mal so sagen darf, und ich hoffe, Sie werden das dann auch so bewerten, dass wir für den Haushalt, weil der Bund eben nicht so schnell hinterherkommt, wie wir uns das gewünscht haben, dass wir dort Mittel zur Verfügung haben für den Moorschutz. Und das sind doch Richtungen, die aus meiner Sicht auch sehr positiv sind.

Und wir bauen ja zurzeit die Moorschutzagentur auf, das ist so. Da haben wir ja 5 Millionen jetzt ja schon in dem Paket drin. Wir stellen

das jetzt komplett alles um, weil der Bund eben uns keine Zusicherung machen kann aktuell, und ich gehe davon aus, dass wir auch die Renaturierungsmaßnahmen, die Projektarbeit, die Projektentwicklung massiv vorantreiben mit dem Ziel, im Einvernehmen mit dem Land, mit den Landbewirtschaftern voranzukommen. Das ist Punkt eins.

Und Punkt zwei, wir haben ja diese Hürde, das haben Sie auch wahrgenommen, dass ja viele Landwirte die moorschonende Bewirtschaftung beantragt haben. Da haben wir jetzt nachgesteuert. Wir hatten ja allein 16.000 Hektar da in der Beantragung, die können wir gar nicht alle bearbeiten. Dieses Programm bleibt geöffnet. Ich habe mich auch sehr gefreut, dass der Bundeslandwirtschaftsminister und auch die Bundesumweltministerin gesagt haben, das ist ein tolles Programm, was wir hier machen, sodass wir auch dieses Programm weiterentwickeln und auch im kommenden Jahr da weiterkommen werden.

Und das bedeutet unterm Strich, das Klimaschutzgesetz, das Moorschutzprogramm plus die Maßnahmenpakete, die werden jetzt kommen, eins nach dem anderen, und ich bin verhalten optimistisch, auch vor dem Hintergrund der Diskussionen, die wir gestern hatten zu den Bränden. Wir müssen das Wasser in der Fläche halten. Und ich glaube, es ist auch beim letzten Landwirt angekommen. Philipp, du warst ja auch mit dabei, wenn man das sieht, was die Moore uns da auch an Leistungen zurückgeben können, das ist ja nicht nur Klimaschutz, Artenschutz, sauberes Wasser, sondern es ist eben auch Wasserreservoir. Vor dem Hintergrund ist, glaube ich, jetzt dem Letzten klargeworden, dass das, was wir hier entwickelt haben, Mecklenburg-Vorpommern mit Greifswald, mit der Universität Greifswald, das ist schon einmalig in Europa und weltweit, und diesen Prozess wollen wir fortführen.

Vizepräsidentin Beate Schlupp:

Möchten Sie eine Nachfrage stellen?



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, eine kurze.

Sie haben jetzt gesagt, da sind Schritte gegangen worden im Bund, ich unterstütze das ausdrücklich und bin da auch selber dran. Jetzt haben Sie aber auch gesagt, da kommen keine Mittel. Ich würde sagen, die 40 Millionen sind schon Mittel auch.

Und deswegen noch mal die Nachfrage:

Die landeseigene Konzeption, das Landesmoorschutzkonzept, das ist jetzt so weit in den Startlöchern, dass, sobald die ersten Mittel aus dem Bund auch fließen beziehungsweise wir die Haushaltsverhandlungen gehabt haben, dass es unmittelbar losgehen kann. Also wir haben jetzt nicht landesseitig noch irgendwelche Hemmschuhe, die wir dann erst auflösen können und dann erst später starten?

Minister Dr. Till Backhaus:

Ja, also wir haben zwei Säulen, so will ich es noch mal ausdrücklich sagen. Das ist einmal, was wir im Land machen, da ist ja auch in dieser Förderperiode komplett neu, dass EFRE-Mittel auch mit eingesetzt werden können. Das ist unabhängig von dem, was über den Bund kommt. Dann hat der ELER Mittel bereitgestellt und wir haben dafür die Landesmittel komplett kofinanziert. Das werden Sie im Haushalt alles sehen. So, das beginnt jetzt.



Beate Schlupp (1. Vize-Präsidentin des Landtages)

Daran arbeiten wir mit Hochdruck, und insofern warten wir jetzt nicht mehr auf das ANK, sondern wir bereiten das so vor, dass wir in die Umsetzung gehen.

Und mit dem Klimaschutzgesetz soll auch in diesem Jahr noch ausdrücklich das neue, die neue Moorschutzkonzeption, die Fortschreibung der Konzeption wird auch in diesem Jahr noch kommen.

Katy Hoffmeister, CDU:

Frau Ministerin, wir gehen jetzt mal ins Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Der Bund hatte zunächst einen Entwurf vorgelegt, den nach drei Monaten dann, also nein, dann wieder zurückgezogen und kommt jetzt nach drei Monaten erneut mit einem Entwurf um die Ecke, wenn ich es mal so sagen darf. Die Diskussionen sind stark, also die Initiativen „Ich bin Hanna“ groß und die Auffassung von Gewerkschaftern, StuRa und Ähnlichen hörbar, die Kritik auch. Aber eins ist jedenfalls Fakt, es wird Dauerstellen brauchen



Katy Hoffmeister (CDU) befragt Kulturministerin Bettina Martin.



Kulturministerin Bettina Martin



Katy Hoffmeister (CDU)

für den wissenschaftlichen Mittelbau, und der ist abzusichern über die Haushaltsplanung.

Und deshalb ist meine Frage ganz konkret: Wie viele Haushaltsstellen meinen Sie denn nach den Änderungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes für den Mittelbau für die Hochschulen in den Haushaltsplan einstellen zu müssen?

Ministerin Bettina Martin:

Vielleicht erst mal ein Wort zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz.

Katy Hoffmeister, CDU:

Ja, das kenne ich, das brauchen Sie nicht zu machen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ministerin Bettina Martin:

Ja, doch. Ja, weil es gibt ja noch ein paar andere Personen hier.

Wissenschaftszeitvertragsgesetz – wir unterstützen diese Bestrebungen, nämlich mehr Planbarkeit, mehr

Verlässlichkeit in die wissenschaftlichen Karrieren zu bringen. Wir sind als Länder und ich auch als Wissenschaftsministerin etwas verschnupft darüber, dass die Bundesforschungsministerin die Länder bisher auf diesem Weg nicht eingebunden hat in die Debatten. Wir sind nicht eingebunden gewesen bisher. Wir werden uns jetzt sehr eng abstimmen unter den Wissenschaftsministerinnen und -ministern im parlamentarischen Verfahren, weil der Entwurf liegt seit dem 06.06. ja vor, ist beschlossen, und wir werden uns jetzt darüber abstimmen, wie wir uns da positionieren, wie wir da weiter vorgehen.

Was aber ganz sicher ist, ist, dass wir über den ZSL, also den Zukunftsvertrag Studium und Lehre, ja bereits die Möglichkeit über den Bund haben und auch die Anforderung, befristete Stellen im Mittelbau in den Hochschulen auch umzuwidmen in unbefristete Stellen. Das erfolgt ja auch bei den Hochschulen. Das ist ein Weg. Und wir müssen jetzt das

weitere parlamentarische Verfahren abwarten und werden uns sicherlich in diese Debatte auch einbringen. Noch mal den Verweis auf den ZSL, der ist ja genau dafür auch zur Verfügung gestellt worden und das Potenzial, das finanzielle, um befristete Stellen umzuwidmen in unbefristete, und das muss passieren.

Vizepräsidentin Beate Schlupp:

Möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Katy Hoffmeister, CDU:

Ja, ich würde zunächst gerne meine Frage 1 beantwortet haben, wenn ich das noch mal deutlich mache, bevor ich die Frage 2 stelle. Ich möchte wissen, was das Ergebnis des Wissenschaftszeitvertrags und der Änderung ist und wie viel unbefristete Stellen Sie als Dauerstellen denn jetzt brauchen für die Hochschulen.

Minister Bettina Martin:

Ich habe ...

Katy Hoffmeister, CDU:

Bevor ich die Frage 2 stelle.

Vizepräsidentin Beate Schlupp:

Einen Moment! So funktioniert es leider nicht. Ich nehme das jetzt als die Nachfrage und bitte dann die Ministerin, die Frage zu beantworten.

*(Zuruf aus dem Plenum:
Das ist ja Quatsch!)*

Minister Bettina Martin:

Ich habe es doch aufgeführt. Dieses Gesetz ist noch nicht beschlossen. Wir sind mitten im Verhandlungsverfahren, im parlamentarischen. Die Länder wurden bisher nicht beteiligt. Und bevor ich dieses Gesetz nicht kenne, kann ich Ihnen auch nicht die Schlussfolgerungen des Landes auf dieses Gesetz sagen. Und außerdem habe ich verwiesen darauf, dass wir den ZSL haben. Alles, was zusätzlich an Dauerstellen in den Hochschulen entsteht, kann nur über den ZSL in Eigenverantwortung der Hochschulen erfolgen.

Katy Hoffmeister, CDU:

Ich darf keine Nachfrage stellen.



René Domke (FDP)

René Domke, FDP:

Guten Morgen, Herr Minister! [...] Und zwar ist ja feststellbar, dass sich die Bearbeitungszeiten in anderen Bereichen in der Finanzverwaltung gerade etwas verlängern. Ich denke mal, dass das auch ganz stark mit der Grundsteuerreform, mit der Umsetzung – immerhin liegt da jetzt ein Riesenstapel an Erklärungen, der abzuarbeiten ist – zusammenhängt.

A) die Frage:

Teilen Sie diese Einschätzung, dass jetzt andere Bereiche ins Hintertreffen geraten? Und dann hätte ich gegebenenfalls noch mal eine Nachfrage.

Minister Dr. Heiko Geue:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Domke! Tatsächlich ist es so, dass die Steuerverwaltung, Sie wissen es ja ganz gut, schon durch die Corona-Pandemie natürlich extrem unter Druck war und diese Verzögerungen, die es dadurch gegeben hat, nach wie vor nicht abgearbeitet sind und dazu noch die Grundsteuerreform – wir müssen das Bundesverfassungsgerichtsurteil abarbeiten – hinzugekommen ist. Wir haben seitens der Landesregierung darauf reagiert.

Inzwischen sind 91 Beschäftigte zusätzlich in den Finanzämtern, 91 Beschäftigte zusätzlich in den Finanzämtern! Wir haben alleine entschieden, noch mal Anfang dieses Jahres 29 zusätzliche Stellen auszubringen, weil ja die Verlängerung der Abgabemöglichkeit der Grundsteuererklärungen stattgefunden hat und dadurch weniger Zeit für die Finanzämter ist, bis den Kommunen dann die entsprechenden Bescheide zugeschickt werden können. Sie wissen, wie wichtig das ist, weil die Kommunen ja dann die Hebesätze

anpassen müssen, um Aufkommensneutralität herzustellen.

Also es ist jetzt alles noch mal verdichteter. Deswegen haben wir mehr Beschäftigte eingestellt. Wir haben insgesamt jetzt 130 Vollzeit-äquivalente, also es sind fast 150 Personen, aber entsprechend Äquivalente, die tatsächlich hier an der Grundsteuer und den Erklärungen, den Bescheiden arbeiten. Aber die Belastungen sind nach wie vor hoch. Auch das ist kein Sondereffekt Mecklenburg-Vorpommern, sondern das sehen Sie in allen Bundesländern.

Vizepräsidentin Beate Schlupp:

Möchten Sie eine Nachfrage stellen?

René Domke, FDP:

Ja, sehr gern. Und zwar, Herr Minister, welche Bereiche sind denn jetzt besonders betroffen dadurch, dass sie Arbeitshilfe leisten müssen in der Grundsteuerumsetzung? Und welche Strategie verfolgen Sie denn, dass die Rückstände, die sich da dann möglicherweise aufbauen, wieder abgebaut werden? „Durchlaufzeiten“ und so weiter – diese ganzen Stichworte. Sie sagten ja schon, dass wir im Bundesländervergleich wohl einigermmaßen mit-schwimmen, aber wir müssen ja trotzdem eine Strategie entwickeln, weil gerade die Erstattungsfälle, die Menschen warten ja darauf. Und damit wird natürlich auch der Geduldsfaden immer kürzer, erst die Grundsteuerreform und dann möglicherweise längere Durchlaufzeiten, bis die Leute ihre Bescheide bekommen.

Minister Dr. Heiko Geue:

Ja, also wir haben da keine Vorgaben gemacht aus dem Finanzministerium, sondern überlassen das tatsächlich den Vorsteherinnen und Vorstehern, wie sie mit den Belastungsspitzen umgehen. Das hat sich auch in der Vergangenheit bewährt. Wir sind im intensiven Austausch, weil wir ja nicht nur die Belastungsspitzen durch jetzt ... Grundsteuer ist ein Sondereffekt, und das wird dann auch irgendwann wieder rauswachsen –, aber wir haben natürlich die Grundlastproble-



Finanzminister Dr. Heiko Geue

matik in den Finanzämtern, in der ganzen Steuerverwaltung, und das sehe ich auch mit großer Sorge. Deswegen haben wir aus Mecklenburg-Vorpommern heraus schon auch mit den anderen Bundesländern – Zukunft der Steuerverwaltung – die AG, die es bei den Abteilungsleiterinnen, Abteilungsleitern gab, auf die Ministerebene gehoben. Das haben Nordrhein-Westfalen und wir gemeinsam vorangetrieben, treiben das weiter voran, weil ein Thema ist, wie können wir zum Beispiel den Automatisierungsgrad bei den Einkommensteuererklärungen erhöhen, wie können wir die E-Akte schneller einführen, also solche digitalen Verfahren, die schneller eingeführt werden können.

Und ich bin natürlich sehr hinterher in meinem Geschäftsbereich, dass auch gerade bei den Finanzämtern Modernisierungskonzepte erarbeitet werden, sodass wir auch auf die Mittel zugreifen können, die ich ja bereitstelle über das zentrale Nachbesetzungsverfahren, wer sich modernisieren will, dass da Unterstützung kommt. Das wird also eine Mischung sein aus dem Versuch, junge Leute weiter gut anzusprechen, also die Verwaltung gut auch da darzustellen, aber auch Organisationen und Verfahren zu überprüfen und stärker zu digitalisieren. Das ist die Daueraufgabe, die wir ganz unabhängig von der Grundsteueraufgabe haben, aber dadurch kommt natürlich noch mal die besondere Belastung drauf, aber da sind wir dran.

Schlossgespräch

Um politische Themen jenseits der Tagesaktualität zu diskutieren und Denk- und Handlungsanstöße zu geben, führt der Landtag die Tradition der Schweriner Schlossgespräche, die der frühere Landtagspräsident Hinrich Kuessner initiiert hatte, fort.

Namhafte Referenten führen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in das jeweilige Thema ein.

Die sich anschließende Diskussion bietet die Möglichkeit, unmittelbar miteinander ins Gespräch zu kommen.



Fotos: Uwe Sinnecker

Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Anja Mihr

Schlossgespräch

Landtag würdigt Arbeit der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

■ „30 Jahre Beratung – Aufarbeitung – Bildung“: Bei einem Schlossgespräch im Plenarsaal des Landtages haben geladene Expertinnen und Experten am 28. Juni über die Aufarbeitung der SED-Diktatur diskutiert und die Arbeit der zuständigen Landesbeauftragten, insbesondere der amtierenden Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern Anne Drescher, in den Fokus gerückt.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse (2.v.l.) betonte in ihrer Rede die Bedeutung der Erinnerungskultur: Auch 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution von 1989 sei es wichtig, Lebensgeschichten, die noch nicht erzählt wurden, Gehör zu verschaffen und Menschen, die unter der SED-Diktatur gelitten haben, eine Stimme zu geben. Genau dafür sei dieses Amt geschaffen worden – seitdem begleiten, beraten und unterstützen die Landesbeauftragten die Betroffenen bei der Aufarbeitung ihrer Schicksale.



(v.l.n.r.) Markus Meckel (Vorsitzender des Stiftungsrates der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Anne Drescher, Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Anja Mihr, Theologe Eckart Hübener



Landtagspräsidentin Birgit Hesse gratuliert Anne Drescher, der amtierenden Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern.

An der Veranstaltung nahmen auch die Landesbeauftragten von Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen teil sowie Vertreterinnen und Vertreter der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Veranstal-

lung bot den geladenen Expertinnen und Experten eine Plattform, um intensiv die Arbeit der Landesbeauftragten zu reflektieren und sich mit den Auswirkungen dieser Zeit auseinanderzusetzen. Auf dem Podium diskutierten Anne Drescher (Mitte), amtierende Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern, Markus Meckel (li.), Vorsitzender des Stiftungsrates der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Anja Mihr (2.v.r.) und der Theologe Eckart Hübener (re.). An der Veranstaltung nahmen unter anderem die Landesbeauftragten von Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen teil sowie die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna Kaminsky.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 21. Juni 2023

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1743	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Bildungsausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2066	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Raumordnung und Landesplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 10.05.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2084	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 10.05.2023 in Beratung
8/2085	Landesregierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesstiftungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 10.05.2023 in Beratung
8/2091	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 10.05.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2092	AfD	Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Landesgehörlosengeld (Landesgehörlosengeldgesetz – LGIGG M-V)	-	1. Lesung: 13.06.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2107	CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 10.05.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2218	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes an bundesverfassungsgerichtliche Vorgaben	Innenausschuss	1. Lesung: 13.06.2023 in Beratung
8/2245	SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesrechnungshofgesetzes	Finanzausschuss	1. Lesung: 13.06.2023 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 13. Juni 2023 entschieden | Stand: 21. Juni 2023

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/1736	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 25.01.2023 2. Lesung: 13.06.2023	Annahme
8/1884	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufgabenzuordnungsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 21.03.2023 2. Lesung: 13.06.2023	Annahme
8/1885	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Personalbemessung in vollstationären Pflegeeinrichtungen gemäß § 113c Elftes Buch Sozialgesetzbuch	Landesregierung	1. Lesung: 21.03.2023 2. Lesung: 13.06.2023	Annahme
8/1911	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landshaushaltsordnung (LHO) Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 22.03.2023 2. Lesung: 13.06.2023	Ablehnung
8/1912	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufnahme ausländischer Flüchtlinge – Flüchtlingsaufnahmegesetz (FLAG) –	AfD	1. Lesung: 22.03.2023 2. Lesung: 13.06.2023	Ablehnung
8/1913	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 22.03.2023 2. Lesung: 13.06.2023	Ablehnung
8/1979	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz – SOG M-V)	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	1. Lesung: 22.03.2023 2. Lesung: 13.06.2023	Ablehnung

Foto: Uwe Sinnecker



Vertreter der Bürgerinitiative "LKW Raus" im Gespräch mit dem Petitionsausschuss.

Besuch in Dömitz

Petitionsausschuss nimmt zwei Termine in der Festungsstadt Dömitz wahr

■ Nachdem sich der Petitionsausschuss am 31. Mai bereits am frühen Morgen zu einer Ortsbesichtigung in Bad Doberan getroffen hatte, fuhr die Abgeordneten weiter nach Dömitz, um dort zwei Petitionen zu beraten und sich vor Ort ein Bild zu machen.

In dem einen Fall hatte sich eine Bürgerinitiative an den Ausschuss gewandt mit der Forderung, die Durchfahrt durch die Stadt Dömitz für LKW mit einem Gesamtgewicht von mehr als 7,5 Tonnen zu sperren. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass die Bausubstanz der Häuser durch die ständigen Erschütterungen zerstört werde und die Straßen für den Schwerlastverkehr zu schmal seien. Mit der anderen Petition wurde gefordert, die Zitadelle, die der Stadt Dömitz gehört, ins Landeseigentum zu übernehmen oder zumindest eine langfristige und tragfähige Finanzierung der dringend notwendigen Sanierung dieses Bauwerkes sicherzustellen.

Die Landeskonservatorin Frau Dr. Dornbusch betonte die besondere historische Bedeutung sowohl der Festungsstadt mit ihrer fragilen Bausubstanz und den prägenden Wall- und Straßenanla-



Eingangstor der Festung

gen als auch der Zitadelle selbst. Beide – Festungsstadt und Zitadelle – würden eine Einheit bilden und seien als national wertvolles Kulturdenkmal einzustufen. Es bedürfe daher einer Gesamtkonzeption, um den Erhalt dieser Baudenkmäler dauerhaft zu gewährleisten.

Im Hinblick auf die geforderte Begrenzung des Schwerlastverkehrs einigten sich die ebenfalls anwesenden Vertreter der Straßenverkehrsbehörden, der Denkmalpflege, der Stadt, des Amtes und Landkreises darauf, unter Federführung der Stadt Dömitz die verkehrrechtlichen Möglichkeiten, die gegebenenfalls auch eine Ortsumgehung umfassen, zu prüfen und auf den Weg zu bringen. In Bezug auf die Zitadelle waren sich alle Beteiligten einig, dass dieses Bauwerk die Stadt Dömitz heillos überfordert. Hier erklärte sich der Landkreis bereit, mit allen Beteiligten eine Arbeitsgruppe einzurichten. Diese soll in einem ersten Schritt klären, auf welche Weise ein langfristiges Sanierungs- und Erhaltungskonzept zu erarbeiten ist, welches dann die Voraussetzung dafür bildet, in einem zweiten Schritt die langfristige Finanzierung zu sichern. Der Petitionsausschuss wird beide Petitionen weiter begleiten.



Der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Thomas Krüger (SPD), misst die Wegstrecke.

Schulweg mit Abgeordneten

Der Petitionsausschuss begleitet Erstklässler auf dem Weg zur Schule

■ Der Petitionsausschuss hat sich am 31. Mai um 6:45 Uhr in Bad Doberan getroffen, um einen Erstklässler auf seinem Schulweg zu begleiten. Die Eltern des Jungen hatten zu Beginn des Schuljahres eine Busfahrkarte für die kostenlose Schülerbeförderung beantragt; dies hatte der Landkreis Rostock abgelehnt. Begründung: Die Entfernung zwischen der Wohnung des Schülers und der Schule betrage nur 1900 Meter, gemäß der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises bestehe aber erst ab einer Mindestentfernung von 2000 Metern ein Anspruch auf kostenlose Schülerbeförderung. Auch der hiergegen eingelegte Widerspruch blieb erfolglos.

Ausgestattet mit einem Entfernungsmessgerät begleiteten die Mitglieder des Petitionsausschusses den Jungen, um die genaue Länge seines Schulweges zu ermitteln. Noch vor dem Eingangstor zum Schulhof der Grundschule war die Mindestentfernung von 2000 Metern erreicht, so dass die Ausschussmitglieder feststellten, dass die Voraussetzungen für eine kostenlose Schülerbeförderung erfüllt sind. Die ebenfalls anwesenden Vertreterinnen des Landkreises sagten zu, die Angelegenheit noch einmal zu überprüfen und den Ausschuss über das Ergebnis zu unterrichten.

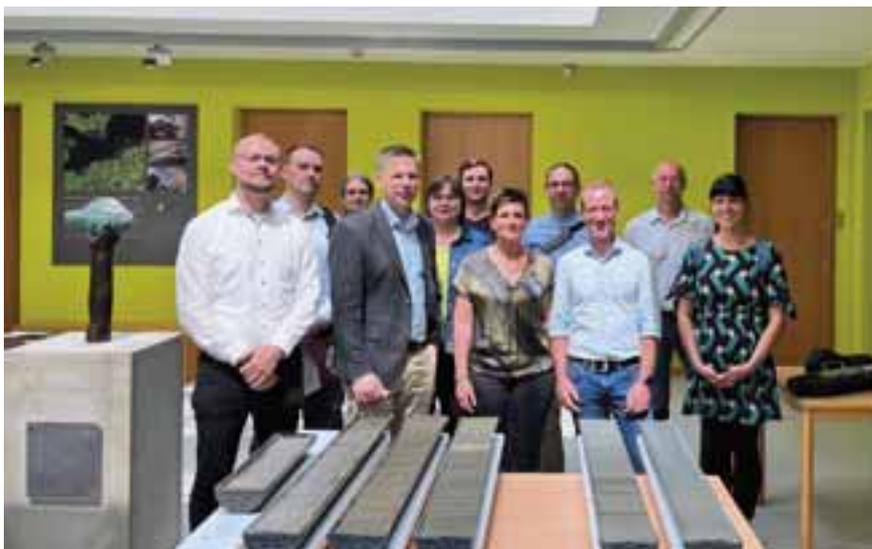
Vor Ort

Informationsbesuch beim Leibniz-Institut für Ostseeforschung in Warnemünde und dem Ocean Technology Campus in Rostock

■ Passend zum Welttag der Ozeane am 8. Juni 2023 hat sich der Wissenschafts- und Europaausschuss im Rahmen seiner 31. Sitzung über die Arbeit des Leibniz-Instituts für Ostseeforschung (IOW) und des Ocean Technology Campus informiert.

IOW-Direktor Prof. Dr. Oliver Zielinski und seine Kolleginnen und Kollegen stellten die Arbeit des Instituts vor. Der Direktor informierte den Ausschuss darüber, dass das IOW als außeruniversitäre Forschungseinrichtung Ökosysteme von Küsten- und Randmeeren mit dem Schwerpunkt in der Ostsee erkunde. Mit den Sektionen Physikalische Ozeanographie, Meereschemie, Biologische Meereskunde und Marine Geologie seien die Grunddisziplinen der Meereskunde am IOW vertreten, wobei auch Aspekte des Meeresmanagements berücksichtigt würden. Darüber hinaus stelle das IOW mit guter technischer Ausstattung eine vielfältige Infrastruktur für die Forschung bereit.

Hinsichtlich der umweltpolitischen Herausforderungen in der Ostseeregion wurde unterstrichen, dass diese mannigfaltig seien, aber vor allem die Überdüngung und der damit einhergehende Sauerstoffmangel problematisch seien. Mit dem Forschungsschiff Elisabeth Mann Borgese unternehme das Institut bis zu fünf Schiffsexpeditionen pro Jahr. Es gebe ein festes Messprogramm, welches das IOW an ca. 60 festen Messstationen weltweit durchführe, so zum Beispiel in den Küstenmeeren vor Grönland, aber auch vor Namibia, Chile oder im Schwarzen Meer. Die Vergleichbarkeit sei der Maßstab an dem sich die Forschung des IOW ausrichte, so der Institutsdirektor. Seine Kollegin Prof. Dr. Schulz-Vogt führte aus, dass es darum gehe zu verstehen, wie sich die Ostsee entwickle und was Auslöser für Veränderungen seien. So sei das Schwarze



Fotos: Landtag MV

Die Ausschussmitglieder mit Direktor Prof. Dr. Zielinski und weiteren Vertretern des Instituts für Ostseeforschung in Warnemünde.



Die Ausschussmitglieder mit Vertretern des Ocean Technology Campus Rostock.

Meer der Ostsee sehr ähnlich und böte damit ein ideales Forschungsfeld für Vergleiche.

Das IOW beteilige sich weltweit an der Erforschung der Küstenmeere. So referierte Prof. Dr. Georg Rehder als Sprecher einer Forschungsmission der Deutschen Allianz für Meeresforschung (DAM) über das Projekt CDRmare, das der Frage von marinen Kohlenstoffspeichern zur Dekarbonisierung nachgehe. Sein Kollege Prof. Dr. Klaus Jürgens informierte den Ausschuss in diesem Zusammenhang über das Projekt SUSTAINmare, welches den Schutz und die nachhaltige Nutzung maritimer Räume erforsche. Weiterhin stellte Prof. Markus Meier die internationalen Verbünde des IOW vor. Forschungsergebnisse würden insbesondere über die Baltic Earth Assessment Reports veröffentlicht, die regelmäßig über den Zustand der Ostsee in Zyklen berichteten. Er machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass man den Ozean nicht ohne Atmosphäre und die Atmosphäre nicht ohne den Ozean verstehen könne.

Direktor Zielinski verdeutlichte, dass die Arbeit des IOW zum Ziel habe einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Dafür stelle man System- und Handlungswissen zur Verfügung und verfolge einen Wissenstransfer im Dialog. Hierzu führte seine Kollegin Dr. Regine Labrenz aus, dass das IOW maßgeblich in der Antragsphase für den Ocean Technology Campus beteiligt gewesen sei. Zusammen mit der Universität Rostock, dem Fraunhofer IGD und dem Forschungsverbund Mecklenburg-Vorpommern e. V. sowie Rostock Business habe man als Partner eng zusammengearbeitet, um ein starkes Netzwerk von Forschung und Industrie aufzubauen. Das Engagement und der Einsatz hätten sich gelohnt, da der Ocean Technology Campus im Februar 2021 im bundesweiten Wettbewerb des Bundesministeriums für Forschung und Bildung (BMBF) aus 137 Bewerbungen für das Projekt Cluster4Futures ausgewählt worden sei und sich nun Zukunftscluster nennen dürfe. Seitdem werde von allen Beteiligten intensiv daran gearbeitet, Rostock zu einem weltweit führenden Standort für Unterwassertechnologie zu machen.



Welche Firmen und Start-ups die Abgeordneten auf dem Ocean Technology Campus besuchten, erfahren sie online.

Jagdschloß Granitz

Finanzausschuss zu Informationsbesuch im Jagdschloß und im Finanzamt Stralsund

■ Der Finanzausschuss des Landtages besuchte am 22. Juni 2023 das Jagdschloß Granitz und anschließend das Finanzamt Stralsund. Im Jagdschloß Granitz informierten sich die Ausschussmitglieder über die Geschichte des Gebäudes, die bisher geleisteten Investitionen des Landes, die Besucher- und Beschäftigtenzahlen sowie das Ausstellungskonzept.

Nach einer kurzen Einführung in die Geschichte des Gebäudes und seiner früheren Besitzer ging es über eine beeindruckende gusseiserne Wendeltreppe hinauf auf den circa 38 Meter hohen Turm. Hier wurden die Abgeordneten über das Rettungssystem mittels eines Stoffschlauches im Falle der erforderlichen Evakuierung – etwa im Brandfall – informiert. Der Einsatz dieses Rettungsmittels wird einmal jährlich trainiert.

Des Weiteren haben sich die Abgeordneten des Finanzausschusses nach anstehenden Baumaßnahmen erkundigt. Hierzu wurden sie darüber informiert, dass die Fenster gestrichen und ausgebessert, eine Zisterne aus Gründen des Brandschutzes angelegt und am Turm die Zinnen saniert werden müssten.

Im Rahmen der Besichtigung von Teilen der Dauerausstellung beeindruckte das sogenannte „Blätter-Buch“, welches durch das aktive Umblättern der Seiten durch die Besucher quasi zum Leben erweckt werde und dann durch Wort und Einspielung von Bildern die Geschichte der Reise eines Mitglieds der Fürstenfamilie erzählt. Dass diese interaktive Möglichkeit im Museum die Besucher durchweg begeistert, was man auch im Gästebuch nachlesen kann, war für alle Anwesenden nachvollziehbar.

In einem zweiten Termin waren die Ausschussmitglieder im Finanzamt in Stralsund, um sich über die aktuelle Personalsituation, die Herausforderungen bei der



Jagdschloß Granitz



Das „lebendige“ Blätterbuch.

Nachwuchsgewinnung und die aktuellen Gegebenheiten bei der Umsetzung der Grundsteuerreform zu informieren.

In Bezug auf die Nachwuchsgewinnung wurde seitens des Vertreters des Finanzamtes dargelegt, dass man aktuell 48 Plätze im mittleren Dienst und 60 Studienplätze im gehobenen Dienst belegen können. Allerdings werde die Besetzung der Ausbildungsplätze in der Tat immer schwieriger. Zudem wisse man dann noch nicht, ob auch alle Auszubildenden den Abschluss schaffen würden und ob sie dann auch nach der Ausbildung noch in Mecklenburg-Vorpommern in der Finanzverwaltung blieben.

Hinsichtlich der Umsetzung der Grundsteuerreform wurde den Ausschussmitgliedern berichtet, dass im Finanzamt Stralsund etwa 95 % der Erklärungen schon eingegangen seien, wobei aber 13,3 % in Papierform eingereicht worden seien, was einen erheblichen Mehraufwand in der Verarbeitung bedeute. Zudem müsse man berücksichtigen, dass in etwa jeder zehnte bereits erstellte Bescheid mit einem Einspruch seitens der Steuerpflichtigen versehen werde,

was allein im Finanzamt Stralsund einen Umfang von 8.000 bis 10.000 Steuerfälle ausmache.

Des Weiteren haben sich die Abgeordneten auch nach den Öffnungszeiten des Finanzamtes und der Möglichkeit bzw. Notwendigkeit von vorab online gebuchten Terminen erkundigt: Hier wurde seitens der Vertreter des Finanzministeriums erklärt, dass noch viel mehr Bürger das Terminportal der Steuerverwaltung nutzen sollten, um online einen Termin zu vereinbaren. Dies würde letztlich Wartezeiten verringern und auch dazu führen, dass nicht nur der Bürger vorbereitet mit seinen Fragen ins Amt komme, sondern auch der Sachbearbeiter sich mit dem Fall schon vertraut gemacht habe. Sodann wäre eine gezielte Hilfe viel besser möglich.

Als ein besonderes Problem beim Finanzamt Stralsund stellte sich die Parkplatzsituation dar. Da das Finanzamt vor Ort nur in einem Gebäude Mieter ist, gibt es keine Parkplätze für die Mitarbeiter und auch nur zehn Parkplätze für die Besucher bzw. die Steuerpflichtigen.

WAS WOLLT IHR?

Beteiligungsprozess
#mitmischenMV der Enquete-Kommission geht online

■ Die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ schafft anhand von Handlungsempfehlungen die Grundlagen für eine jugendgerechte, attraktive Politik mit Perspektive. Dafür benötigt sie ein möglichst breites und authentisches Meinungsbild der jungen Menschen zu ihrer aktuellen Lebenssituation. Vor allem möchte die Kommission aber wissen, was Kinder und Jugendliche in MV eigentlich wollen. Dafür hat sie den Beteiligungsprozess #mitmischenMV aufgesetzt.

Als Plattform für den Beteiligungsprozess #mitmischenMV dient ab sofort die Website www.mitmischen-mv.de. Diese lädt Kinder und Jugendliche dazu ein, ihre



Meinungen, Wünsche, Anregungen und Kritiken einzubringen, eben einfach mitzumischen. Gleichzeitig kann man sich dort über die Arbeit der Enquete-Kommission, anstehende Veranstaltungen und Kooperationspartner informieren. Neben komplexen Umfragen zu den

einzelnen Themenclustern der Enquete-Kommission wird es regelmäßig Kurzumfragen geben. Daneben bietet die Website die Möglichkeit bis Mitte 2025 mitzumischen. Kinder und Jugendliche können der Kommission auf www.mitmischen-mv.de themenunabhängig mitteilen, was ihnen fehlt, was sie sich wünschen oder welche Anregungen sie haben.

www.mitmischen-mv.de ist die Beteiligungsplattform für alle bis 27 Jahre, um zu sagen, was Sache ist in Mecklenburg-Vorpommern. Es lohnt sich, mal vorbeizuschauen.



Containern

Öffentliche Anhörung zu Fragen der Entkriminalisierung

■ Am 7. Juni hat der Rechtsausschuss eine öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktionen der FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN unter dem Titel „Lebensmittelverschwendung entgegenzutreten“ durchgeführt. Der Antrag hatte sich für Versuche eingesetzt, das Containern oder Mülltauchen durch den Anschluss an eine – zwischenzeitlich gescheiterte – Hamburger Initiative zu legalisieren.

Die Sachverständige, Rechtsanwältin Verina Speckinm, kam zu dem Ergebnis, dass hier kein Gesetzgeber aktiv werden müsse. Insgesamt habe sie keine Mandanten gehabt, die sie in Bezug auf Containern vor Gerichten hätte verteidigen müssen. Es gebe hier genug Möglichkeiten, von der Bestrafung abzusehen.

Simone Goetz von der Verbraucherzentrale, sehe bei der Lebensmittelverschwendung – den Titel des Antrages aufnehmend – genügend andere Personen in der Erzeugung und dem Vertrieb von Lebensmitteln, die hier der Verschwendung Vorschub leisteten.

Dr. Maren-Bettina Napp von der Bremischen Verwaltung für Justiz und Verfassung gab einen rechtsgeschichtlichen Überblick. Dieser begann im Jahre 2019, als von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag der Gedanke hochkam, das Containern zu signalisieren. Ein vorläufiger Endpunkt sei im Januar 2023 erreicht gewesen, als zwei Bundesminister um die Unterstützung des Hamburger Vorschlages gebeten hätten – dieser Antrag sei abgelehnt worden.

Sie plädiere für eine prozessuale Entlastung und hätte gerne eine Lösung entsprechend dem Rechtsgedanken aus § 29 Abs. 5 BtMG, hier könnte das Gericht im Zusammenhang mit Drogen bei „geringen Mengen“ von Strafe absehen.

In eine ähnliche Richtung ging die Stellungnahme von Rechtsanwalt Prof. Dr.

Norouzi, der allerdings mehr auf die materielle Entlastung von Strafrechtsnormen setzte. Die Täterinnen und Täter seien meistens junge Aktivistinnen und Aktivisten oder arme Menschen; hier stelle jede Strafrechtsnorm einen Grundrechtseingriff dar und benötige eine Rechtfertigung. Ganz anders hielt Dierk Böckenholt (Hauptgeschäftsführer Handelsverband Nord) alle Aktionen, die für die Legalisierung des Containerns seien, für kontraproduktiv.

Es seien außer dem Diebstahl von Dingen noch andere Straftatbestände betroffen, wie zum Beispiel Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Letztlich müsse auch jemand das aufräumen, was beim Containern danebenfalle. Außerdem müsse man über eine Entlastung von steuerrechtlichem Mehrwert der Unternehmen auf europäischer Ebene nachdenken. Er plädiere für die Ablehnung des Antrages.

In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurden Versuche, die Anhörung auszuwerten, auf eine spätere Sitzung verschoben.



In einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden der Opfer des 17. Juni 1953.

17. Juni 1953

Gedenkveranstaltung
im Plenarsaal erinnert
an demokratische Werte

■ Die Welt blickt nach Berlin. Das Brandenburger Tor ohne Rote Fahne. Sowjetische Panzer eröffnen das Feuer auf Demonstranten. Der 17. Juni 1953 wird später als der blutige Mittwoch von Berlin in die Geschichte des zerrissenen Deutschlands eingehen.

Zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR hatte Landtagspräsidentin Birgit Hesse am Dienstag, 13. Juni, in den Plenarsaal des Schweriner Schlosses eingeladen. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Abgeordnete des Landtages, Zeitzeugen, Schülerinnen und Schüler des Schweriner Berthold-Brecht-Gymnasiums und Interessierte gedachten der 55 Menschen, die an diesem Tag ihr Leben verloren.

„Mehr als eine Million Menschen waren damals auf die Straßen gegangen – für Pressefreiheit, Religionsfreiheit, freie Wahlen, Menschenrechte, Gewaltenteilung und weitere Dinge, die für uns heute selbstverständlich sind“, sagt Birgit Hesse.

Das Zentrum des Widerstandes formierte sich in Ostberlin. Die Protestwelle erfasste mehr als 700 Städte der DDR. Im Norden gingen Menschen unter anderem in Rostock, Stralsund, Schwerin, Wismar und Teterow auf die Straßen.

Wie konnte es soweit kommen?

Gedenkredner Stephan Hilsberg war zwar erst drei Jahre nach dem Aufstand als Sohn eines Pfarrers geboren, engagierte sich allerdings seit 1968 in der Oppositionsbewegung der DDR und für die Aufarbeitung der Diktatur.

„Die Geschichte ist die beste Lehrmeisterin“, sagt er und nahm die Anwesenden im Plenarsaal mit auf seinen Diskurs. Die Deutschen waren mit Adolf Hitler (1889 – 1945) schuldig geworden. Das Land besetzt. Die sowjetischen Befreier dabei, eine neue Diktatur zu installieren.



(v.l.n.r.) Birgit Hesse, Gastredner Stephan Hilsberg und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) wollte die Gesellschaft umkrepeln und trieb 1952 den Aufbau des Sozialismus voran. Systemkritiker und Kirchensympathisanten wurden strategisch bekämpft. Ihnen wurde eine höhere Bildung verweigert, sogar christliche Jugendliche verhaftet. Unterdessen verstarb im März 1953 der Regierungschef der UdSSR Josef Stalin (1878 – 1953). Damit endete auch der Personenkult. Sein Nachfolger Georgi Maximilianowitsch Malenkow (1901 – 1988) schlug einen mildereren Kurs ein. Seine Entspannungspolitik weckte in Deutschland neue Hoffnung. Walter Ulbricht (1893 – 1973) weigerte sich, die neue Politik von sowjetischer Seite zu übernehmen. Mittlerweile mangelte es in der DDR allerdings zuneh-

mend an Waren des täglichen Bedarfs. Die SED wollte der drohenden Repression entgegenwirken und ordnete im Mai 1953 eine Steigerung der Warenproduktion um 10 Prozent an.

Damit brach sich der Widerstand gegen das totalitäre kommunistische System seine Bahn. Am 15. und 16. Mai wurden Forderungen nach dem Rücktritt der SED-Regierung, nach Demokratie und Wiedervereinigung laut. Der Aufstand erfasste die DDR in voller Wucht, wurde zum Höhe- und Wendepunkt und zum Trauma der SED.

Die DDR-Führung wurde des Aufstandes nicht Herr, wand sich und forderte schließlich die UdSSR zur Unterstützung an. Sie setzte sowjetische Panzer ein. Viele Demonstranten trotzten ihnen, warfen mit Steinen. Dennoch wurden die friedlichen Proteste bewaffnet beendet. 55 Widerständler verloren ihr Leben. Erst im Jahr 2004 wurden ihre Lebensgeschichten durch Quellen nachgewiesen und aufgearbeitet.

Auszüge aus Stefan Heyms Roman „Fünf Tage im Juni“, gelesen von Klara Eham und Bastian Inglin vom Volkstheater Rostock, ließen die Ereignisse auf fesselnde Art lebendig werden. Das Buch setzt sich anhand von Zeitdokumenten mit den Ereignissen des Juni 1953 auseinander.

Für **Stephan Hilsberg** bedeutet lebendige Demokratie ein stetiger Diskurs.

„Alle dürfen ihre Meinung vertreten, ohne Angst vor Manipulation. Demokratie ermöglicht eine menschliche Welt ohne Unterdrückung, in der Menschen selbst entscheiden, was sie damit anfangen“, sagt er.

Stephan Hilsberg ...
... wurde 1956 im brandenburgischen Müncheberg/Mark geboren. Er engagierte sich seit 1968 in der Oppositionsbewegung der DDR, unter anderem in der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, dem Neuen Forum und dem Friedenskreis der Berliner Golgatha Gemeinde. Im Oktober 1989 war er Gründungsmitglied und Erster Sprecher der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), von März bis Oktober 1990 Mitglied der freiwilligen Volkskammer der DDR. Dem Deutschen Bundestag gehörte Stephan Hilsberg von 1990 bis 2009 an, unter anderem als Mitglied der beiden Enquetekommissionen „Aufar-

beitung der SED-Diktatur“ (1992 – 1998). Von 2000 bis 2002 bekleidete er außerdem das Amt des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Bau, Wohnen und Verkehr.

Vermächtnis bis heute

In einem kombinierten Tagesordnungspunkt zu vier Anträgen ging es am 14. Juni um die Würdigung des 70. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR.

Alle Fraktionen betonten die Wichtigkeit der Erinnerung an die Geschehnisse um den 17. Juni 1953. Die SPD sah den Volksaufstand auf einer Linie mit „dem Freiheitskampf der anderen osteuropäischen Länder“ – unsere heutigen EU-Partner.

Der 17. Juni, so die CDU, bliebe bis heute „ein Symbol des Widerstandes gegen Unterdrückung und der Sehnsucht nach Freiheit“. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwies darauf, dass mit der friedlichen Revolution von 1989 das „Vermächtnis der mutigen Frauen, Männer und Kinder vom Juni 1953 erfüllt“ wurde. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) dankte diesen Menschen und versicherte, dass ihr Einsatz „nicht vergessen“ werde. Der Mut, die Hoffnung auf Veränderung und der Wille zu Freiheit von vor 70 Jahren wurde „36 Jahre später belohnt“, stellte die FDP heraus.

Die AfD warnte davor, politische Agenten wichtiger als das Volk zu nehmen, denn Demokratie schließe den steten Wandel mit ein.

Die Vergangenheit lehre, jederzeit kritisch zu prüfen, wie der Staat seine Macht ausübe und mit Andersdenkenden umgehe, mahnte DIE LINKE. Ihr gemeinsamer Antrag mit der SPD für die Stärkung der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, der Gedenkstätten, Archive und Forschungsstellen mit Bezug auf den 17. Juni 1953 wurde bei Enthaltung von FDP und AfD und mit Gegenstimme der CDU angenommen. Der Antrag von CDU und FDP forderte die Einrichtung einer Stiftungsprofessur und den Aufbau des „Arno-Esch-Zentrums“ in Rostock voranzutreiben. Zusätzlich müssten die Gedenkstätten in Schwerin und in Rostock besser finanziell ausgestattet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ging es um die Ausarbeitung eines Aktionsplanes für die vielfältige Stärkung der demokratischen Erinnerungskultur.

Die Landesregierung erkenne die Wichtigkeit von Gedenken, historischer Aufarbeitung und Forschung zu diesem Thema, bestätigte Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD). Darum befänden sich viele Forderungen der Anträge bereits in Arbeit.

Obwohl SPD und DIE LINKE alle Anträge der Opposition ablehnte, dankte die SPD für die Wertschätzung der Leistungen der Bürger der DDR.

Die intensive Debatte brachte vielfältige Aspekte und interessante Sichtweisen der Fraktionen zu Tage. Die persönlichen Erinnerungen der Landtagsabgeordneten sowie die Gedenkveranstaltung am 13. Juni können sie online im Video mitverfolgen.

*a) Antrag SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/2231*

*Beschluss:
Annahme des Antrages*

in Verbindung mit:

*b) Antrag AfD
Aussprache gemäß § 43
Nummer 2 GO LT zum Thema
Es fand eine Aussprache statt.*

in Verbindung mit:

*c) Antrag CDU und FDP
Drucksache 8/2240
hierzu*

*Änderungsantrag CDU und FDP
Drucksache 8/2284*

*Beschluss:
Ablehnung des Änderungsantrages
Ablehnung des Antrages*

in Verbindung mit:

*d) Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2220*

*Beschluss:
Ablehnung des Antrages*

QR-Code:
17. Juni Gedenk-
veranstaltung

QR-Code:
17. Juni Debatte





Der "Verein Schweriner Spielleute 1990 e.V." eröffnete das Bühnenprogramm im Innenhof des Schweriner Schlosses.

Buntes Treiben

Offene Diskussionen beim Tag der offenen Tür im Schloss

Das Wetter hat es gut gemeint mit dem Tag der offenen Tür des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Den ganzen Tag schien über der Landeshauptstadt die Sonne. Die Veranstaltung war Teil des mehrtägigen historischen Schlossfestes. Rund 15 000 Menschen aus ganz MV fanden den Weg zum Schloss und suchten den Kontakt zu den Politikern im Landesparlament.

Die von der NDR-Redakteurin Dörthe Graner im Schlossinnenhof moderierte Gesprächsrunde der sechs Fraktionsvorsitzenden befasste sich unter anderem mit dem Problem der oft niedrigen Löhne und Renten in MV. „Seit der Wende kämpfen wir dafür, dass in Ost und West dieselben Renten gezahlt werden“, erklärte Julian Barlen (SPD). „Wer kriegt ei-

gentlich eine gute Rente? Das sind die Menschen, die ihr Leben lang, gute Löhne bezogen haben.“ Deshalb sei für die SPD das Thema gute Löhne und starke Wirtschaft das A und O für eine erfolgreiche Entwicklung von MV. Barlen zeigte sich davon überzeugt, dass die Menschen bei der Wahl des Arbeitsplatzes mit den Füßen abstimmen werden. „Die gehen dahin, wo gute Arbeitsbedingungen gelten und gute Löhne bezahlt werden.“ Dafür werde in MV das künftige Tariftrue- und Vergabegesetz sorgen.

Dieser Meinung widersprach Nikolaus Kramer (AfD). Zwar sei es wichtig, dass die Menschen gute Löhne und gute Renten bekommen. „Wenn auf der anderen Seite der Staat beziehungsweise die Regierung den Menschen durch die



Fotos: Uwe Simnecker

Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Moderatorin Dörthe Graner.

Steuerschraube so tief in die Taschen greift, dann bleibt von den Löhnen nicht viel hängen“, betonte Kramer. Der Ansatz der AfD laute deshalb, dass sie die Sozialabgaben senken wolle. „Das ist das Problem, warum uns die Fachkräfte fehlen.“ Auch Franz-Robert Liskow (CDU) kündigte an, dem Tariftrue- und Vergabegesetz nicht zuzustimmen. „Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer.“ Es könne nicht sein, dass der Staat immer wieder an der Mindestlohnschraube dreht. „Das löst immer wieder eine Spirale aus.“ Am Ende würden auch die Preise beispielsweise für verschiedene Dienstleistungen steigen. Für die CDU sei es der bessere Weg, für Industrieansiedlungen zu sorgen. So würden gutbezahlte Industriearbeitsplätze ins Land geholt. Jeannine Rösler (DIE LINKE) zeigte sich



Die Fraktionsvorsitzenden René Domke (FDP), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Franz-Robert Liskow (CDU), Nikolaus Kramer (AfD) und Julian Barlen (SPD) standen Dörthe Graner Rede und Antwort.



Im Vorhof des Schweriner Schlosses präsentierten sich alle Fraktionen.



Der Bürgerbeauftragte Matthias Crone (Mitte).



Der Bildungsausschuss präsentierte sich in der Hof Dornitz.



Beim Petitionsausschuss nahmen viele Gäste am Quiz teil.



Im Sozialausschuss beantworteten die Abgeordneten die Fragen der Besucherinnen und Besucher.

zufrieden, dass das Tariftreue- und Vergabegesetz seit Jahren ein von ihrer Partei eingefordertes Vorhaben sei. „Jetzt ist es möglich, das gemeinsam in dieser Koalition umzusetzen.“ Damit könne MV im Bereich der Löhne vorankommen. „Wir wissen ja, wie das Lohnniveau ist.“ Gerade in Vorpommern kämen viele Leute angesichts der niedrigen Löhne und der hohen Energiepreise kaum über die Runden.

„Der Ansatz des Tariftreue- und Vergabegesetzes ist völlig richtig“, sagte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Der Staat habe eine Vorbildfunktion. „Er kann nicht über Tarifrecht und Autonomie reden und am Ende als Auftraggeber einer Beschäftigung Vorschub leisten, die nicht tarifgebunden ist.“ Er werde aber erst das Gesetz der rot-roten Koalition unterschreiben, wenn er das schriftlich vorliegen habe und dann wisse, woran er ist.

Die Wirtschaft und die Löhne funktionierten anders, als es sich die Koalitionäre mit ihrem Gesetzesentwurf vorstellen, betonte René Domke (FDP). „Wer ein bisschen Ahnung von Wirtschaft hat,



Der Teepavilion auf der Nordbastion des Schweriner Schlosses ist nur zu besonderen Anlässen geöffnet.



Schalmeienkapelle der FFW Malchin e.V.

weiß, dass gute Löhne erst einmal erwirtschaftet werden müssen.“ Und dass falle nicht vom Himmel. Der Weg hin zu guten Löhnen, die natürlich alle haben wollen, laufe über die Tarifpartner. „Wir haben eine Tarifautonomie und wir sollten die nicht immer weiter aushöhlen.“ In einer zweiten Gesprächsrunde mit Dörthe Graner trafen sich die Energieexperten der sechs Fraktionen, um den Zu-



Im Plenarsaal spürten die Gäste wie es sich auf Abgeordnetenplätzen anfühlt.

hören die aktuelle Diskussion über den Klimaschutz oder auch das Gebäudeenergiegesetz zu erläutern. Falko Beitz (SPD) räumte dabei ein, dass seitens des Bundes „das ein oder andere kommunikativ nicht richtig gelaufen ist“. Zudem hätten einige Kräfte im politischen Raum mit den Ängsten der Bürger gespielt. „Das ist fatal, wenn die Menschen Angst vor Dingen haben, die sie unmittelbar betreffen.“ Beitz berichtete, dass er privat seit 2020 eine Wärmepumpe betreibe. „Das ist die effizienteste Form des modernen Heizens.“

Petra Federau (AfD) bezeichnete die aktuelle Energiepolitik als Katastrophe, die nicht für eine sichere Energieversorgung Sorge. „Wir in MV haben einen großen Altbau-Bestand. Da macht eine Wärme-

Fotos: Uwe Sinnecker



Fotos: Uwe Sinnecker

Bei herrlichem Wetter besuchten zahlreiche Gäste die Stände der Fraktionen im Burggarten des Schweriner Schlosses.



Viele Infos, viele Eindrücke, da tat eine Pause im Burggarten gut.

pumpe überhaupt keinen Sinn.“ Es reiche nicht, sich eine Wärmepumpe anzuschaffen, daran hingen große Investitionen in das ganze Heizsystem oder Dämmung des Hauses. „Es findet quasi eine Enteignung der Hauseigentümer statt.“ Sie bedauerte, dass die SPD und die FDP in der Bundesregierung den Grünen nicht Einhalt geboten hätten.

„Es geht nicht nur darum, dass wir bei der Energiepolitik immer auf den Bund schießen“, sagte Daniel Peters (CDU). Die MV-Politik habe im Nordosten eine eigene Verantwortung und könne zur Verlässlichkeit der Energieversorgung beitragen. Auch er kritisierte das Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung. Man dürfe die Menschen nicht mit Investitionen von 25 000 oder 30 000 Euro überfordern. Es



Über das Thema Energiewende diskutierten (v.l.n.r.) David Wulff (FDP), Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Daniel Seiffert (DIE LINKE), Daniel Peters (CDU), Petra Federau (AfD) und Falko Beitz (SPD).

reiche nicht aus, diese Investitionen mit rund 30 Prozent zu fördern und sogenannte KfW-Kredite anzubieten.

„Für die Linke ist es besonders wichtig, dass die notwendige Energiewende möglichst sozial abgedeckt wird“, sagte Daniel Seiffert (DIE LINKE). Die Menschen müssten das bezahlen können. Das Kernthema seiner Partei seien die so-

nannten Netzentgelte, deretwegen die Strompreise in MV deutschlandweit mit am höchsten seien. „Das ist eine Riesen-Ungerechtigkeit.“ Das müsse in Deutschland ausgeglichen werden, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Für Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist bei der Energiepolitik eine der wichtigsten Fragen, welche Chancen und Potenziale in MV bestehen. „Wie



Im Innenhof unterhielt ein abwechslungsreiches Programm die Gäste.



Eine Hüpfburg, gut angenommen und dem Schloss zum Verwechseln ähnlich.



Fotos: Uwe Sinnecker

Elke-Anette Schmidt, stellvertretende Landtagspräsidentin, beschließt den Tag der offenen Tür 2023, moderiert von Dörthe Gräner



Der Weinlaubsaal an der Nordbastion ist nur zu besonderen Anlässen für die Öffentlichkeit zugänglich.

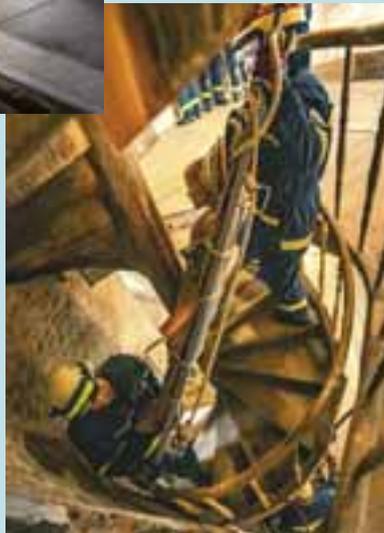
können die Menschen davon profitieren?" Er zeigte sich zuversichtlich, dass es sich dank der Novelle des bundesweiten Energiewirtschaftsgesetzes noch mehr für die Menschen im Nordosten lohnen wird, wenn die Erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Das Land biete eine große Zahl von Möglichkeiten, die regenerierbaren Energien zu forcieren. David Wulff (FDP) legte den Schwer-

punkt auf die Energiespeicherung. „Es hilft ja nichts, wenn gerade der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint und wir können dann weder heizen noch die Mikrowelle bedienen.“ Ein ganz zentraler Punkt bei der künftigen Energiespeicherung liege dabei in der Wasserstofftechnologie. MV habe das Potenzial erkannt. Wulff zeigte sich davon überzeugt, dass diese Technologie künf-

tig nicht permanent mit Staatsgeldern subventioniert werden muss. „Wir können hier etwas schaffen, womit wir unsere eigene Industrie hochfahren können.“

Der nächste Tag der offenen Tür des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ist für den 30. Juni 2024 geplant.

Fotos: THW



Der technische Zug des THW-Ortsverbandes Schwerin ist am 6. Juni zu einer Übung auf der Schweriner Schlossinsel ausgerückt. Die Katastrophenschützer trainierten im Hauptturm die Evakuierung einer verletzten Person. Die Übung diente dazu, Helferinnen und Helfer mit den Besonderheiten einer Evakuierung in großer Höhe und unter extrem beengten Verhältnissen vertraut zu machen. „Gerettet“ wurde übrigens eine Puppe. Auf einer Trage befestigt musste diese wiederholt über mehrere Stockwerke durch Falltüren abgeseilt werden. So konnten verschiedene Techniken ausprobiert werden. Übungen dieser Art stellen sicher, dass das THW jederzeit in der Lage ist, bei Notfällen oder Unglücken schnell und professionell zu handeln.

Besuch der lettischen Botschafterin im Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Am 12. Juni empfing Präsidentin Birgit Hesse die lettische Botschafterin in Deutschland I.E. Frau Alda Vanaga im Landtag MV. Nach einem persönlichen Gespräch konzentrierte sich der Austausch auf die Stärkung der politischen Beziehungen und die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Lettland. Die Botschafterin hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Digitalisierung der öffentlichen Dienste hervor und erläuterte das Instrument des „E-Parlament“, das während der Pandemie die Beschlussfähigkeit des lettischen Parlaments digital gewährleisten konnte. Die Botschafterin äußerte darüber hinaus ein großes Interesse an der Vertiefung der politischen Beziehungen mit Ländern des Ostseeraums und betonte die regionale sowie historische Verbundenheit der Anrainerstaaten.

Im Anschluss an den Eintrag ins Gästebuch besichtigte die Botschafterin das Landtagsgebäude und die historischen Räumlichkeiten des Schlosses. Der Besuch unterstreicht die Bedeutung der deutsch-lettischen Beziehungen und das Engagement beider Seiten für eine stärkere Zusammenarbeit.

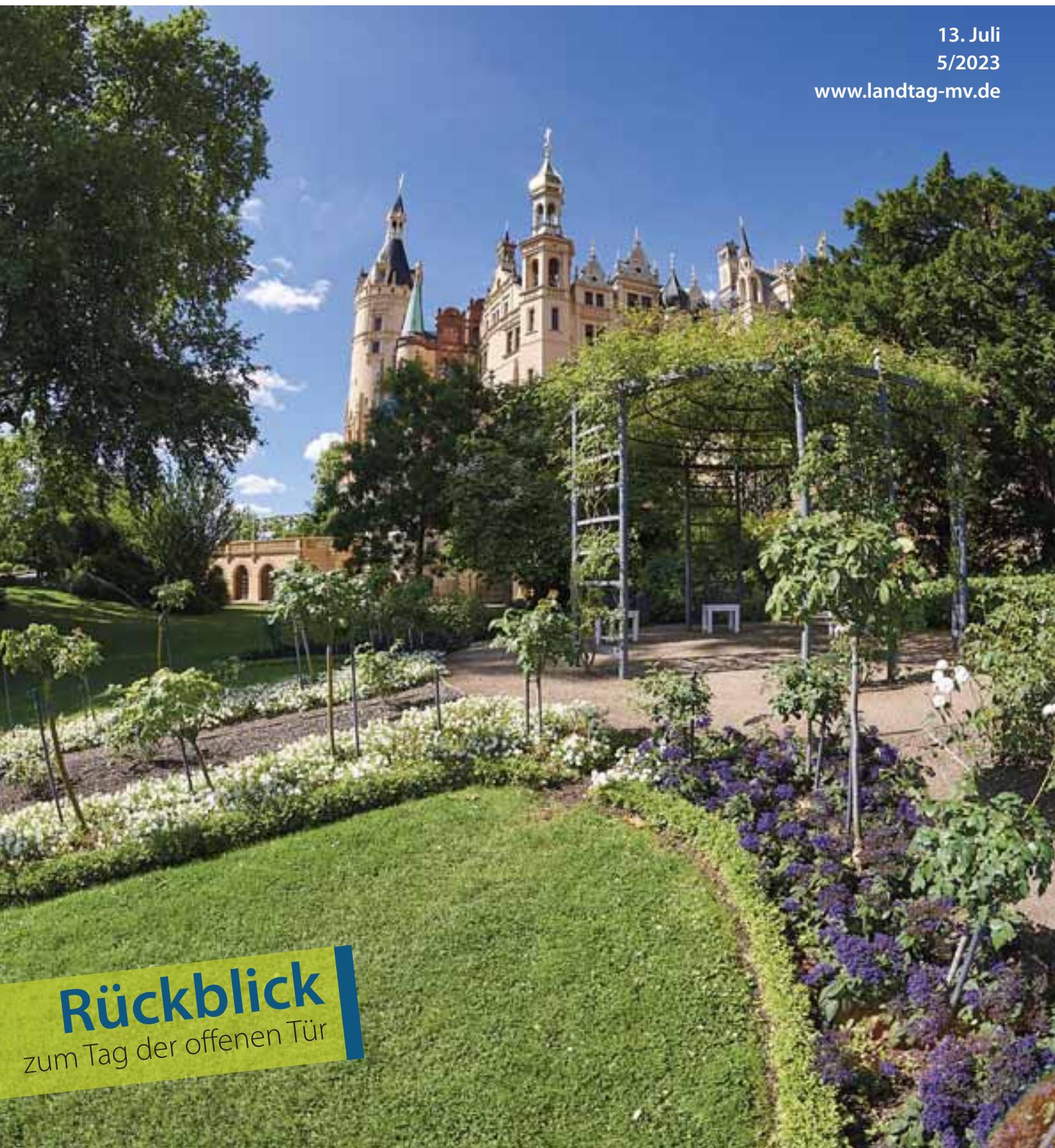


Foto: Landtag MV

13. Juli

5/2023

www.landtag-mv.de



Rückblick
zum Tag der offenen Tür

+++ „Leitplanken“ flankieren Wärmewende +++ Debatte zu Klimastiftung +++ Übergangspflege praktikabel gestalten +++ Debatte zu Deutschlandticket +++ Schlossgespräch „30 Jahre Beratung – Aufarbeitung – Bildung“ +++ Schulweg mit Abgeordneten +++ Was wollt ihr? #mitmischen +++